Nr. 152 — Halle a. S., Mittwoch den 3. Juli 1912 — 23. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatlich 60 Pfennig frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.65 Mk. ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Fernsprech-Anschlüsse: Schriftleitung: Nr. 888. Geschäftsstelle: Nr. 1047.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Anzeigen unterm Textstrich die Zeile 75 Pfennig.

Anzeigen für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

Eindringliche Lehren.

Genossin Rosa Luxemburg schreibt in der Gleichheit:

In der letzten Zeit überstürzen sich Ereignisse, die geeignet sind, dem sozialistischen Proletariat ernste und eindringliche Lehren über seine Klassenpolitik zu erteilen. Seit einer Reihe von Jahren hat sich in der Arbeiterbewegung verschiedener Länder eine Strömung durchzusetzen versucht, die die Notwendigkeit des Zusammengehens der proletarischen Partei mit dem bürgerlichen Liberalismus predigt. Die Beweisführung für die empfohlene Taktik ist äußerst einfach und ansprechend. Zwar sind Sozialismus und Liberalismus unversöhnliche Gegensätze, zwar sind Proletariat und Bourgeoisie geborene Todfeinde und die Endziele beider laufen einander schnurstracks zuwider. Das Proletariat muß die Abschaffung der heutigen Gesellschaftsordnung als seine geschichtliche Aufgabe betrachten, während das liberale Bürgertum umgekehrt die Verewigung der Ausbeutung und der kapitalistischen Klassenherrschaft anstrebt. Aber gibt es denn nicht trotz alledem eine ganze Reihe von näherliegenden Interessen und Aufgaben, die der kämpfenden Arbeiterklasse und der liberalen Bourgeoisie gemeinsam sind? Da ist vor allem das große Gebiet des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind, die offene politische Reaktion. In jedem modernen kapitalistischen Staate gibt es noch mächtige soziale Schichten als Ueberbleibsel der vergangenen feudalen Periode der Geschichte. So das konservative Junkertum, das am liebsten das gesamte moderne Verfassungsleben, Preßfreiheit, Versammlungsrecht, Freizügigkeit abschaffen möchte. So der Klerikalismus, der danach trachtet, das ganze geistige Leben des Volkes im Banne zu halten, die Schule zu verpfaffen, Kunst und wissenschaftliche Forschung zu hemmen. Gegen diese konservativ-klerikalen Mächte der Finsternis müßten Sozialdemokratie und Liberalismus gemeinsame Sache machen. Erst müßten diese ärgsten Feinde jeden Fortschritts aus dem Wege geräumt, erst müßte ihre politische Herrschaft gebrochen werden, dann könnte die Arbeiterklasse gegen die liberale Bourgeoisie mit ganzer Rücksichtslosigkeit Front machen. Namentlich aber sei die Sicherung der modernen Verfassungsrechte, die Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts überall, wo dieses noch fehlt, das nächste Ziel, auf das sich die verbündeten Kräfte der Sozialdemokratie und des Liberalismus zu richten hätten. Dem vereinten Ansturm der Oppositionsparteien könnte die Reaktion nicht lange standhalten. Und dann! — dann wird erst Zeit sein, an das sozialistische Endziel zu denken. Aber erst die „praktische Politik", das heißt das sozialistisch-liberale Bündnis . . . Seit einem Dutzend von Jahren wird diese Taktik den Arbeitern in allen Ländern in allen Tonarten angepriesen, und sie ist in einer Reihe von Staaten von den Führern der Sozialdemokratie in die Tat umgesetzt worden. Mit welchem Ergebnis? In den jüngsten Tagen geben darauf die Ereignisse in Belgien und in Ungarn Antwort.

In Belgien dauert seit fünfundzwanzig Jahren der Kampf der Arbeiterschaft um das allgemeine gleiche Wahlrecht. In der ersten Phase dieses Kampfes war die Arbeiterpartei ganz auf sich allein gestellt und erwartete alles nur von der Masse des Proletariats. Sie entfaltete in raschem Tempo eine immer größere Macht. Ihre Aktion beruhte ganz auf der Masse, sie lag draußen, auf der Straße. Gewaltigen Straßendemonstrationen, Versammlungen, Massenstreiks — das waren damals die Waffen des belgischen Proletariats. Und sie verfehlten nicht ihre Wirkung. Die Flinte schoß und der Säbel haute, Blut floß in den Straßen von Lüttich, Charleroi, Antwerpen. Aber die Reaktion mußte doch vor der Entschlossenheit der Massen kapitulieren. Unter dem Drucke des gewaltigen und ausdauernden Massenstreiks wurde in Belgien das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Damals gaben die belgischen Arbeiter das erste Beispiel, eine wie mächtige Waffe das Proletariat im politischen Massenstreik im Kampfe um politische Rechte besitzt. Nun begann in Belgien der zweite Abschnitt des Kampfes. Das errungene allgemeine Wahlrecht ist nicht gleich, sondern auf die schreiendste Bevorrechtung der „Bildung" und des Besitzes gegründet, das heißt der Bourgeoisie, die doppelte und dreifache Stimmen hat. Es galt das infame Pluralwahlrecht zu beseitigen. Jetzt aber trat in der Taktik der belgischen Arbeiterpartei ein Frontwechsel ein. Schon dank dem Pluralwahlrecht zog eine beträchtliche Fraktion von sozialdemokratischen Abgeordneten ins Parlament ein. Auf die sozialistischen Abgeordneten hat die Luft des Parlaments die bekannte Wirkung ausgeübt. Es kam bei ihnen die Idee auf, daß die Sozialisten nunmehr gemeinsam mit den belgischen Liberalen gegen die herrschende klerikale Reaktion um das gleiche Wahlrecht zu kämpfen hätten. Die erste Feuerprobe hatte die neue Taktik im Jahre 1902 zu bestehen. Was zeigte sich aber da? Die Arbeiterklasse war durch das Bündnis mit den liberalen Bourgeois gelähmt. An einen ernsten Massenstreik, wie zehn Jahre zuvor, durfte jetzt nicht mehr gedacht werden, denn die liberalen Blockbrüder sind ja als Fabrikanten, Grubenbesitzer und Kaufleute die geschworenen Feinde dieses Kampfmittels. Jetzt mußte der Schwerpunkt des Kampfes um das gleiche Wahlrechts ins Parlament selbst verlegt werden. Dort sollte die Redekunst der liberalen und sozialdemokratischen Abgeordneten die herrschende klerikale Partei erschüttern und zum Nachgeben zwingen. Den Arbeitermassen aber wurde dabei nur die Rolle des Chores zugewiesen, der zu der Musik im Parlament auf der Straße eine bescheidene und maßvolle Begleitung machte. Die Arbeiterdemonstrationen sollten nur als Schreckmittel auf die Regierung wirken, sollten Theaterdonner sein, aber beileibe nicht zu einer ernsten Aktion werden, denn sonst wäre ja der Schreck den liberalen Helden selbst ins Gebein gefahren. So kam eine Aktion zustande, die von vornherein eine Halbheit war und den kläglichsten Zusammenbruch erlebte, den man sich vorstellen kann. Die Arbeiter begannen zu demonstrieren, traten in einen Massenstreik ein, die Führer der Sozialdemokraten beeilten sich aber, die Massen sofort nach Hause zu schicken. Kaum war dies geschehen, so verlor jedoch selbstverständlich auch die Aktion im Parlament jede Kraft. Die Reaktion lachte sich ins Fäustchen, und die Wahlreform scheiterte jämmerlich.

Doch damit waren die fatalen Folgen des Bündnisses noch lange nicht erschöpft. Da die Führer der belgischen Sozialdemokratie trotz der bitteren Lektion von ihrer Taktik des Blocks mit den Liberalen nicht zurücktraten, so wirkte diese Lektion nur entmutigend und demoralisierend. Nun, nach dem Zusammenbruch der Bewegung im Jahre 1902, wagte man überhaupt kein energischeres Vorgehen mehr. Die Hoffnungen auf eine Wahlreform wurden nur noch ausschließlicher ins Parlament verlegt. Es kam eine neue, verbesserte Auflage der Blocktaktik zur Anwendung. Mit der klerikalen Reaktion, die am Ruder war, hoffte man in der Weise fertig zu werden, daß die sozialistisch-liberalen Verbündeten allmählich sogar auf Grund des geltenden Schandwahlrechts die Majorität im Parlament erringen sollten. In der Tat schmolz die klerikale Mehrheit von Wahl zu Wahl zusammen; 1902 betrug sie 24 Stimmen, 1910 nur noch 6. Was schien einfacher, als den vorgezeichneten Weg weiter zu verfolgen! Die diesjährigen Wahlen abwarten, gemeinsam mit den Liberalen in den Wahlkampf eintreten, in diesem Wahlkampfe die gemeinsame Front gegen die Klerikalen richten und dann — die Mehrheit im Parlament einmal erreicht, die klerikale Herrschaft gestürzt — wird das gleiche Wahlrecht — das Ziel so heißer und so langer Kämpfe — glatt auf parlamentarischem Wege, durch Beschluß der liberal-sozialistischen Mehrheit, eingeführt.

Eine hübsche Aufmachung das, klar, einfach und übersichtlich wie eine Schneiderrechnung und „praktisch" in höchstem Maße. Schade nur, daß auf diese schlaue Taktik, wie auf alle Stücke solcher „praktischen" Staatsmannskunst, die die Massenaktion ausschaltet, die Worte passen, die der Dichter von Rolands Stute sagt: „Wunderschön war die Stute, sie war aber leider tot." Die belgischen Wahlen kamen, und ihr Ergebnis war — ein krachender Bankrott der ganzen Blocktaktik. Die klerikale Reaktion wurde nicht bloß nicht zerschmettert, sondern — o Graus! — sie ist erstarkt und auf 16 bis 20 Stimmen Mehrheit gewachsen ins Parlament zurückgekehrt. Die Liberalen sind zusammengeschmolzen und — das schlimmste — überall sind auch die Stimmen des sozialistisch-liberalen Blocks zurückgegangen, der meist gemeinsame Kandidaten aufgestellt hatte. Stimmen und Mandate hat die Sozialdemokratie nur in den paar Wahlkreisen gewonnen, wo sie selbständig aufgetreten ist. Der Eindruck war niederschmetternd. Kein Wunder, daß die erbitterten belgischen Arbeiter vor Schmerz und Wut weinten, auf die Straße stürzten, demonstrierten und spontan in einen Massenstreik eintraten, ohne auf ihre Führer mehr hören zu wollen.

Wie ist die verblüffende Niederlage der liberal-sozialistischen Taktik in Belgien zu erklären? Höchst einfach. Dadurch, daß die schöne Rechnung, wie immer die Rechnungen der sogenannten „praktischen" Politik, ein Loch hatte: sie rechnete nicht mit dem wichtigsten Faktor — mit dem unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Der Masse der belgischen Bourgeoisie graute vor der gemeinsamen Herrschaft im Parlament mit dem sozialistischen Proletariat so sehr, daß sie bei den Wahlen in hellen Scharen ins Lager der Reaktion, des Klerikalismus, überlief! Das ist die schöne Frucht der zehnjährigen Bündnispolitik zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus. Während die Arbeiterpartei aus Rücksicht auf ihre bürgerlichen Freunde die Entfaltung der selbständigen Aktion der Arbeitermassen erstickte und die scharfe, prinzipielle Klassenaufklärung dämpfte, stürzte sich die Bourgeoisie aus Angst vor ihren proletarischen Freunden der Reaktion in die Arme. Als Mittel, die klerikale Herrschaft zu überwinden, wie als Mittel, die Wahlreform zu erringen, hat sich die Blockpolitik als ein Messer ohne Heft und Klinge erwiesen. Im gegenwärtigen Augenblick steht die Arbeiterpartei in beiden Fragen so weit vom Ziele, wie vor zehn Jahren, und nun muß sie wieder auf den Boden zurückkehren, den sie nie hätte verlassen sollen: auf den Boden der selbständigen revolutionären Massenaktion des Proletariats, die allein die Reaktion zu schlagen imstande ist, wenn sie alle ihre innere Energie und alle proletarischen Machtmittel ohne Scheu und ohne Rücksicht in Anwendung bringt.

Die belgischen Wahlen sind eine harte Lehre. Aber was in Belgien passiert, ist eine Erscheinung von allgemeinem internationalem, typischem Charakter. Allüberall zeigt sich immer mehr, daß der bürgerliche Liberalismus nur noch das verwaschene Aushängeschild einer morschen Ruine ist, in der die nackte Reaktion wohnt. Indem das Proletariat auf diesen Liberalismus baut, auf die eigene Machtentfaltung verzichtet und all sein Hoffen ausschließlich aufs Parlament setzt, begibt es sich selbst seines Einflusses und raubt auch seiner parlamentarischen Aktion die Kraft. Es ist eine Lebensfrage für die Arbeitermassen, sich darüber vollständig klar zu werden, daß heutzutage keine ernste fortschrittliche Reform mehr auf rein parlamentarischem Wege erreicht werden kann. Welche Gestalt und welche Bedeutung heute eine ausschließlich parlamentarische Opposition selbst bei äußerster Zuspitzung des Kampfes gewinnt, das zeigen die jüngsten Vorgänge in Ungarn. Hier erleben wir gleichfalls eine Bündnispolitik und einen gemeinsamen Feldzug der Sozialdemokratie mit der Opposition. Was ist aus dem Feldzug im Parlament geworden? Eine Hanswurstiade mit wüstem Geschrei, Tollhäuslerszenen und einem blödsinnigen Revolverattentat als Höhepunkt. Die Kindertrompete ist Waffe und Symbol zugleich dieses parlamentarischen Froschmäusekriegs. Und schließlich genügte die Handbewegung eines brutalen Kerls auf der Präsidententribüne, um die ganze Opposition durch den „Leutnant mit zehn Mann" aus dem Tempel der bürgerlichen Gesetzgebung wie Betrunkene aus der Schenke auf die Straße zu werfen. In diesen traurigen und abstoßenden Hanswurstiaden offenbart sich eine sehr ernste Lehre der Zeitgeschichte: die Ohnmacht der rein parlamentarischen Aktion gegen die herrschende Reaktion.

Die Vorgänge in Ungarn sind in doppelter Hinsicht bezeichnend für das heutige Stadium der Klassenkämpfe. Das Eingreifen der „bewaffneten Macht" in die parlamentarischen Kämpfe wie der Gegenstand dieser Kämpfe, die Wehrvorlage, zeigen deutlich, wo die Schwäche, die Achillesferse der heutigen parlamentarischen Opposition liegt. Es ist der Militarismus, vor dem das Bürgertum in allen Ländern zusammenknickt und die Waffen streckt. Die ungarische „Opposition" ist grundsätzlich ebenso Angängerin des Militarismus, wie die herrschende Regierungspartei. Und weil heute in keinem Staate eine bürgerliche Partei mehr wagt, gegen den Militarismus aufzutreten, weil in diesem entscheidenden Punkte sich der innere Verfall des Liberalismus bekundet, so ist damit auch der parlamentarischen Opposition auf allen Gebieten von vornherein das Rückgrat gebrochen. Die liberale Bourgeoisie hat in allen modernen Ländern endgültig vor dem Militarismus kapituliert. Damit aber bestätigt sie, daß ihr heute die Blut- und Eisenpolitik gegen die aufstrebende Arbeiterklasse sowie Kolonialeroberungen und Profite bei den Armee- und Flottenlieferungen wichtiger sind, als alle schönen Freiheitslosungen. Die Bourgeoisie hat sich dadurch mitsamt ihren Parlamentarismus der Reaktion auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, und diese Tatsache genügt, um alle Träume von einem Zusammengehen der Sozialdemokratie mit dem Liberalismus gegen die Reaktion wie Seifenblasen zerstieben zu lassen. Ein Bündnis zwischen beiden kann nur das eine Ergebnis haben: die Macht der Arbeiterklasse zu lähmen, das proletarische Klassenbewußtsein zu verwirren und die Bourgeoisie noch schneller der Reaktion in die Arme zu treiben. Statt der erhofften Zerschmetterung der Reaktion tritt ihre Stärkung ein. Die Bündnistaktik erweist sich als prinzipieller Verrat an der proletarischen Klassenaufklärung und als praktisches Pfuschwerk obendrein.

Das letzte Jahrzehnt bringt Schlag auf Schlag die Beweise. Hageldicht regnen die Streiche auf die unverbesserlichen Schwärmer für ein sozialistisch-liberales Bündnis hernieder. Vor zehn Jahren der Bankrott der Blockpolitik in Frankreich, in der Schmach des Millerandexperiments; vor zwei Jahren das offizielle Eingeständnis des Bankrotts der parlamentarischen Illusion der Parteiführer in Italien und der völlige Zerrüttung der Partei unter ihrem Einfluß; in diesem Jahr im Januar das Fiasko des Stichwahlbündnisses zwischen der Sozialdemokratie und dem Liberalismus in Deutschland; im Februar der Mißerfolg des sozialdemokratisch-liberalen Wahlblocks gegen das Zentrum in Bayern; soeben der Zusammenbruch der zehnjährigen Blockpolitik in Belgien und die grotesken Niederlage der vereinigten Opposition im ungarischen Parlament.

Sind der Lehren nicht endlich genug? Die Zukunft der freiheitlichen Entwicklung in allen modernen Staaten beruht einzig und allein auf der Macht des Proletariats. Die Macht des Proletariats aber gründet sich auf sein Klassenbewußtsein, auf die revolutionäre Energie der Massen, die aus jenem Bewußtsein geboren wird, und auf die selbständige, rücksichtslose und konsequente Politik der Sozialdemokratie, die allein jene Energie der Massen entfesseln und zum entscheidenden Faktor des politischen Lebens gestalten kann. —

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 2. Juli 1912.

Gegen den liberalen Hurrapatriotismus

wendet sich Oberst a. D. Gädke, der frühere militärische Sachverständige des Berliner Tageblatts, im Kleinen Journal. Er schreibt, daß die Angaben „eines liberalen Berliner Blattes" über die Organisation der französischen Infanterie teils völlig falsch, teils irreführend sind. Offenbar verärgert bemerkt er einleitend, die Angaben scheinen ja zu beweisen, „daß dieses Blatt mit seinem militärischen Berater in das Lager des Hurrapatriotismus übergegangen ist und daß ihm jedes Mittel recht ist, seine Leser von der Notwendigkeit fortgesetzter neuer Rüstungen zu überzeugen — selbst mit Hilfe unzutreffender Behauptungen". Gädke schließt seine Ausführungen wie folgt: „Aber wenn Frankreich nur wirklich 20 Bataillone mehr hätte? Das erwähnt der Verfasser gar nicht, daß unsere Infanterie sowohl an Zahl der Unteroffiziere als der Mannschaften der französischen ganz beträchtlich überlegen ist. Es hinge also nur von unserer Heeresverwaltung ab, schon jetzt nicht nur ebensoviel, sondern erheblich mehr Bataillone aufzustellen als Frankreich, wenn sie diese Bataillone ebenso schwach machen wollte als die unseres Nach-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120703-16/fragment/page=0001

bars sind. Wenn sie das nicht will — es liege hier ein grundsätzlicher Unterschied der organisatorischen Anschauungen vor —, dann kann sie nachher nicht kommen und sich beklagen, daß Frankreich uns an Zahl der Bataillone überlegen ist."

Die Mobilisierung der antiproletarischen Jugend

— oder auch die antiproletarische Mobilisierung der Jugend — ist der Zweck des von dem deutschen Generalfeldmarschall v. d. Goltz, dem früheren Türkeninstrukteur, gegründeten Jungdeutschlandbundes. Deutlich genug kam dies in einer, natürlich stürmisch bejubelten Rede zum Ausdruck, die der auch aus den Steuergroschen der Arbeiter besoldete Generalfeldmarschall am Sonntag auf dem 13. deutschen Jugendspielkongreß in Heidelberg hielt. Er erklärte rund heraus, daß die Kriegsgefahr des letzten Herbstes den Anstoß zur Gründung gab und daß die Wehrhaftmachung und Marschausbildung der Jugend der Hauptzweck ist. Wenn er sich dann gegen militaristische Formen aussprach, so gewiß in der Erkenntnis, daß man mit dem Kasernendrill die Jugend nur von sich stoßen würde! Auch die Heimatsliebe soll gepflegt werden durch Wanderungen, aber die Vaterlandsliebe, so hofft der General, müsse sich umsetzen in Liebe zum Landesherrn und in Treue zu Kaiser und Reich, worunter die Offiziösen selbstverständlich nur den Kadavergehorsam gegen Regierung und die widerspruchslose Unterstellung unter die Vormundschaft der Bureaukratie verstehen. — Im übrigen wurde auf dem Kongreß von vielen Seiten obligatorisches Turnen und Spielen für die Fortbildungsschüler gefordert und Prof. Krauß-Charlottenburg hob hervor, daß die zu lange Arbeitszeit der Jugendlichen und das großstädtische Wohnungselend der Proletariermassen es sind, die die Jugend körperlich untüchtiger machen. Er fand aber keinen Beifallssturm — wie Herr v. d. Goltz, und schon gar nicht fand sich jemand, der dagegen protestiert hätte, daß man die Arbeiterturnvereine gewaltsam hindert, die Arbeiterjugend zu „ertüchtigen". — Die moderne Arbeiterbewegung wird auch mit dieser jüngsten gegen sie gerichteten patriotischen Gründung fertig werden!

Die christlichen Zentrumsbrüder streiten sich weiter.

Die Kölner Korrespondenz wütet in jeder neuen Nummer heftiger gegen die Bachemsche Richtung. In der letzten Nummer vom 1. Juli ist ein Artikel Die Infamie überschrieben, worin gesagt wird, daß „unter den Organen der Kölner Richtung neben der Neisser Zeitung noch das Inseratenblatt Essner Volkszeitung auf niedrigster Stufe steht". Dies Blatt bringe eine Zuschrift, „worin die deutschen Bischöfe aufgefordert werden, Herrn Dr. Kaufmann (der bekanntlich Kaplan ist) aus ihren Diözesen zu vertreiben". Keine andere Partei habe „eine solche Infamie jemals erlebt". Weiter greife das Essner Zentrumsblatt die Würdenträger der Kirche, Bischöfe und Kleriker in höherer Stellung an, die Dr. Kaufmann „immer noch ihre Türen öffnen" und ihn beschützen. Darauf schreibt die Kölner Korrespondenz: „Diese Jammergestalten! Wir kennen kein Land der Welt, wo es Katholiken und katholische Blätter wagten, eine solche Sprache gegen kirchliche Autoritäten zu führen!"

Das Katholische Deutschland erläßt in seiner Nummer vom 30. Juni eine Erklärung gegen die Schlesische Volkszeitung, worin dies bachemische Zentrumsblatt der Verdächtigung und Verleumdung des Katholischen Deutschland geziehen wird. — Weiter veröffentlicht das Katholische Deutschland eine Berichtigung, die ihm die bachemitischen Schlesischen Nachrichten gesandt hat, weil das Katholische Deutschland über das Zentrumsblatt geschrieben hatte: „Ein Blatt, das derart gegen den Papst und die treukatholischen Vereine hetzt, ist nicht wert, in das Haus eines katholischen Schlesiers zu kommen." — Dem Justizrat Dr. Porsch wirft das Katholische Deutschland vor, er habe in seiner gegen den Grafen Oppersdorff gerichteten Rede durch Herausreißen zweier Sätze aus dessen Artikel dem Grafen „eins versetzen" wollen und habe „diese Sätze dadurch in vollkommen wahrheitswidriger Weise entstellt". Dann wird Justizrat Porsch noch „Verdrehung" vorgeworfen.

So steht der brüderliche „Waffenstillstand" aus, der nach dem vom Papst verkündeten „lebhaftesten Wunsch" bis zu der von Rom zu fällenden Entscheidung eintreten sollte!

Deutsches Reich.

— **Nationalliberale Sondergründung in Hessen.** Im Vereinshause des Kaufmännischen Vereins zu Frankfurt a. M. fand am Sonntag die aus allen Teilen des Großherzogtums Hessen gut besuchte Gründungsversammlung der Freien politischen Vereinigung hessischer Nationalliberaler statt. Die Versammlung beschloß, einen Aufruf an alle hessischen nationalliberalen Parteifreunde zu erlassen, in dem es heißt: „Zweck der Vereinigung ist organisatorische Tätigkeit auf dem Boden des nationalliberalen Parteiprogramms, Bekämpfung unberechtigter Einflüsse wirtschaftlicher Verbände auf die Politik und die Organisation der nationalliberalen Partei, Schaffung einer Finanz- und Arbeitsgemeinschaft zur Erreichung dieser Zwecke, Schaffung einer gemeinschaftlichen Geschäftsstelle und Korrespondenz. Darüber hinaus ihre Mitglieder politisch zu binden oder auf ihre politische Stellungnahme einzuwirken, lehnt die Freie Vereinigung ausdrücklich ab . . . Wir wollen keine Kampforganisation sein, wir wollen ruhige sachliche Arbeit ohne Streit und Zank leisten, unabhängig und unbeirrt von rechts und links, zum Wohle der Partei, zum Wohle des Vaterlandes."

Auch diese neueste Sondergründung präsentiert sich in ihrer ganzen Aufmachung als echt nationalliberale Leistung. Die nationalliberale Partei besteht überhaupt nur noch aus lauter Sonderorganisationen, die so eifrig „zum Wohle der Partei" tätig sind, daß die Partei bereits in allen Fugen kracht und jeden Augenblick auseinanderzufallen droht.

— **Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse.** In der Nummer des Reichsanzeigers vom Montag wird ein Gesetz über die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und gering besoldeten Beamten veröffentlicht. Durch dieses Gesetz werden für den genannten Zweck wieder 14 Millionen Mark flüssig gemacht.

— **Reichstagsnachwahl in Bayern.** Reichstagsabgeordneter Bachmeier, der Vertreter des Wahlkreises Niederbayern 4, ist, 60 Jahre alt, in Pfarrkirchen gestorben. Bachmeier wurde bei der letzten Wahl im ersten Wahlgange als Kandidat des bayerischen Bauernbundes mit 9882 Stimmen gegen 7722 Zentrums- und 1298 sozialdemokratische Stimmen in den Reichstag gewählt, schloß sich aber keiner Partei an.

— **Zum Spionagefall Kostewitsch.** Der in Berlin als Spion verhaftete russische Hauptmann Kostewitsch wird in dieser Woche bereits nach Leipzig transportiert werden. Die Untersuchung gegen ihn soll sehr belastendes Material ergeben haben. K. war im Auftrage der russischen Militärverwaltung im Auslande tätig, um zu erforschen, welche Verbesserungen an dem russischen Zündermaterial vorgenommen werden könnten. Der Berliner Korrespondent der Temps will wissen, daß die russische Regierung der deutschen Regierung mit großem Nachdruck betont habe, daß der Hauptmann Kostewitsch mit offizieller Mission in Berlin war und daß die Anschuldigungen der Spionage schon durch diese Tatsache hinfällig würden.

Oesterreich-Ungarn.

Protestversammlungen gegen die ungarische Gewaltherrschaft. In Szegedin und Szabadka wurden am Sonntag Protestversammlungen der Opposition abgehalten. Graf Apponyi, dessen Rede in Szegedin wiederholt von Rufen: Hoch die Revolution! Es lebe die Republik! unterbrochen wurde, erklärte Lukacz und Tisza für Wiener Söldlinge und forderte eine Reform des Magnatenhauses sowie Genugtuung für die verübten Gesetzwidrigkeiten. Graf Michael Karolyi und Abgeordneter Szmzessanyi traten für eine Vereinigung der gesamten Opposition zu einer Partei und für unbedingte Abschaffung des Oberhauses ein.

Türkei.

Die Offiziersrevolte in Albanien. Meldungen aus Konstantinopel zufolge gewinnt die Empörung unter den albanesischen Soldaten immer mehr an Boden. Fast täglich gehen türkische Offiziere zu den Rebellen über. In Pera wurden zwei türkische Offiziere ermordet, die sich weigerten, mit den aufständischen Albanesen gemeinsame Sache zu machen. Ein Komitee, das versucht, den abgesetzten Sultan Abdul Hamid wieder auf den Thron zu bringen, fährt Broschüren zur Propaganda für ihren Gedanken verbreiten.

Die militärischen Behörden unternehmen nichts gegen die Meuterer von Monastir, aus Furcht, daß die zu ihrer Verfolgung ausgesandten Bataillone sich mit ihnen verbinden könnten. Die Meuterer sind bis jetzt noch untätig. Die Gefahr kommt in erster Linie von der Bevölkerung der Stadt Monastir, welche die militärischen Rebellen unterhält und ihnen die notwendigen Lebensmittel bringt. Der Führer der Rebellen vom Jahre 1908 selber organisiert in dieser Gegend die Streitkräfte, um den Insurgenten Widerstand zu leisten. Man hat ihm zwei Kompagnien zur Verfügung gestellt. Zahlreiche vornehme Albanesen und Arnauten sind verhaftet worden.

Rücktritt des türkischen Ministeriums? Mit aller Bestimmtheit geht in Konstantinopel das Gerücht, daß das Kabinett Said Pascha bereits demissioniert habe, damit die Bewegung in der Armee zum Stillstand gebracht werden könne.

Amerika.

Die Präsidentschaftswahl-Komödie auf dem demokratischen Nationalkonvent ist nach etwa zehnstündiger Abstimmung am Sonnabend nacht auf Montag vertagt worden. Jedes Eingeständnis erscheint gegenwärtig unmöglich. Die Drohung Roosevelts ist allem Anscheine nach vergessen und die Delegierten verfolgen vielmehr ihre eigenen Interessen, als die der Partei. Sie verweigern hartnäckig, Clark aufzugeben, während die Progressisten an Dr. Wilson festhalten. Bryan hat die Lage durch seine Drohung noch mehr verwickelt, seine Zustimmung jeglichem Kandidaten zu versagen, welcher durch die Manöver Tammanys und seiner Parteigenossen aufgestellt war, doch er hat damit angeblich Clark endgültig aus dem Felde geschlagen.

Aus der Partei.

Brandenburgischer Provinzial-Parteitag.

In Brandenburg a. H. wurde am Sonntag der sozialdemokratische Parteitag für die Provinz Brandenburg (ohne Groß-Berlin) abgehalten. Anwesend waren 56 Delegierte, vier Reichstagsabgeordnete und als Vertreter des Parteivorstandes der Genosse Molkenbuhr. — Genosse Wels erstattete den Geschäftsbericht, aus dem hervorzuheben ist, daß der Vorstand der Organisation das Stichwahlabkommen mit den Fortschrittlern billigte. Wels teilte auch mit, daß im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde bei der Stichwahl zwischen dem Antisemiten und dem Konservativen ein Parteimitglied

Kleines Feuilleton.

Vergessen!

Ein Mitarbeiter schreibt der Wiener Arbeiterzeitung: Wo ist der Mensch, der nicht mindestens einmal im Tage was vergißt? Ich, beispielsweise, habe auf Grund sorgfältiger Aufzeichnungen herausgefunden, daß ich im vergangenen Monat rund hundertzehnmal von meinem Gedächtnis im Stiche gelassen worden bin. Das macht im Tage ungefähr dreimal. Und dabei gebrauche ich alle möglichen mnemotechnischen und handgreiflichen Behelfe. Als besonders wirksam empfehle ich großes Papierzettel am Uhrring. Schlüsselring und anderen Gegenständen zu befestigen, die man tagsüber fleißig zur Hand nimmt. Sehr gut ist auch, Briefe, die man zur Post geben will, in das Hutband zu stecken, um sie nicht zu Hause zu vergessen. Erst kürzlich wurde ich von einem mildtätigen Passanten aufmerksam gemacht, daß an meinem Hut ein großes versiegeltes Kuvert befestigt sei. Braucht es noch eines besseren Beweises für die Wirksamkeit dieses Mittels? Ganz verwerflich ist der brave alte Knoten im Taschentuch. Der bessere Mensch trägt sein Taschentuch schön säuberlich zusammengelegt bei sich und nicht aufgerollt wie eine Signalfahne, es sei denn, er habe einen Mohrenschnupfen, und dann kommt der Knoten aus naheliegenden Gründen erst recht nicht in Betracht. Wer aber der gelehrten Welt kennt ein sicher wirkendes Mittel gegen das Vergessen des Portemonnaies? Gestern passierte mir dieses Malheur und ich entdeckte es erst, als ich in einem wildfremden Kaffeehaus drei Viertelstunden von meinem Wohnort entfernt, saß. So etwas läßt sich nur fühlen — beschreiben schwerlich. Wie man gemächlich auf die Uhr sieht, dann aus Zahlen denkt, mit der Hand in die Hosentasche fährt: Sacktuch, Schlüsselbund, Federmesser — kein Portemonnaie; in der Rocktasche: Notizbuch, Briefe, Papiere — kein Portemonnaie. Eine fürchterliche Vision von einem Nachtkästchen, auf dem einsam und verlassen der gesuchte Gegenstand liegt, durchzuckt das Hirn, beide Hände fahren hastig in einem halben Dutzend Taschen herum, bringen allmählich deren ganzen Inhalt zum Vorschein — das verfluchte Portemonnaie ist und bleibt verschollen. Diese unabweisbare Tatsache treibt einem den kalten Schweiß auf die Stirn. Es ist ja auch keine Kleinigkeit, sich in dem Besitz von sechs Kronen und einigen Hellern zu wissen und nun plötzlich zu entdecken, daß man ohne einen „lucketen" Heller in der weiten Welt steht. Die abenteuerlichsten Pläne durchschwirren meinen Kopf. Einen Dienstmann nach Hause schicken, Freunden und Bekannten telephonieren . . . ein Königreich für eine — halbe Krone! Und dann kommt die Reaktion. Bleich, aber entschieden winke ich dem Markör, erzähle ihm mein Mißgeschick und biete ihm meinen Ehering zum Pfand. „Aber bitte sehr," meint der Brave abwehrend, „der Herr wird mir schon das Geld bringen . . ." Und beim Fortgehen grüßt er mich noch höflicher als ich ihn. Ich bin selig, ich liebe alle Menschen, am meisten aber die Markörs. So fein, so zartsinnig, so — so — kann nur ein Wiener Markör sein, denke ich und — halt! da kommt gerade mein Wagen F 38. Einen kurzen elastischen Ansprung, hopp! Oben bin ich. Ich setze mich in die Ecke, denke still lächelnd an das Ueberstandene, und wie der Kondukteur vor mir steht, fällt mir ein, daß mein Portemonnaie — Himmelherrgottsakrament . . . Also bitte: ein Mittel, nie sein Portemonnaie zu vergessen! —

Das „Auge" der Blinden.

Kürzlich wurde über eine neue, Aufsehen erregende Erfindung berichtet, die zu einem unberechenbaren Segen für den des Augenlichts beraubten Teil der Menschheit werden kann. Der Physiker Fournier d'Albe hat einen Apparat, Optophon genannt, konstruiert und ihn inzwischen der Optischen Vereinigung in London zum erstenmal vorgeführt. Dieses Optophon soll einen völlig Blinden instand setzen, Lichtstrahlen durch Vermittlung des Ohres zu erkennen, örtlich festzustellen und sogar ihre Intensität zu bestimmen. Die Grundlage dieser Erfindung bildet, wie wir der Frankfurter Zeitung entnehmen, die bekannte Eigenschaft des Elements Selen, seinen elektrischen Widerstand unter dem Einfluß des Lichts zu ändern. Das Instrument besteht aus zwei Teilen, einem Paar Telephone von hohem Widerstand, wie sie bei der drahtlosen Telegraphie benutzt werden, und einem Kasten, der die Selenbrücke, die Batterie, die Widerstände und einen Uhrwerkunterbrecher enthält. Der letztere dient zur Unterbrechung des Stroms, da ein Gleichstrom im Telephon nicht hörbar ist. Der Blinde nun, der mit dem Optophon etwas „sehen" will, befestigt die Telephone am Kopf und bedient die Apparatur in dem Kasten, die durch Drähte mit den Telephonen verbunden ist, mit der rechten Hand. Wenn der Strom eingeschaltet und das Uhrwerk angelassen worden ist, so wird ein tickender oder rasselnder Ton in den Telephonen hörbar, der aber durch Einschaltung eines Kohlewiderstandes zum Verschwinden gebracht oder beliebig abgestimmt werden kann. Der Zustand bleibt erhalten, solange sich das auf das Optophon scheinende Licht nicht verändert. Schon eine schwache Vermehrung oder Verringerung der Belichtung aber genügt, um den Ton im Telephon zu verändern, und nach seiner Stärke läßt sich auch die Stärke des Lichts beurteilen. Es hat sich nun als sehr vorteilhaft ergeben, den Apparat so einzustellen, daß er auf das stärkste mögliche Licht mit keinem Geräusch anspricht, so daß also die Grade der Verdunkelung an den wechselnden Tönen erkannt werden können. Wenn z. B. ein Blinder mit dem Optophon an ein Fenster gesetzt wird, so kann er mit Hilfe des Apparats die Einschiebung jedes beliebigen Gegenstandes zwischen den Apparat und das Fenster „hören" und auch die Richtung, aus der der Gegenstand kommt, feststellen. Sogar wenn der Körper, beispielsweise eine Hand, schnell wieder weggezogen wird, ist die Bewegung im Telephon bemerkbar. Je heller die Beleichtung — entweder durch die Sonne oder durch die elektrische Lampe — ist, desto schärfer reagiert der Apparat. Stellt man ihn für Dunkelheit auf Stille ein, so wird jede Verstärkung des Lichts bemerkbar. Ein Blinder kann auf diese Weise den Mond hören, und ein plötzliches Einwirken des Sonnenlichts kündet sich ihm mit einem wahren Brausen an. Das Optophon ist möglichst leicht gebaut; es ist tragbar und mit sehr geringem Strom, wie ihn ein Taschenelement liefert, zu betreiben. Natürlich enthält es alle Vorschriften für die Bedienung durch den Blinden. Man ist inzwischen auf weitere Verbesserungen bedacht, die noch weit feinere Unterschiede von Licht und Schatten dem Blinden vermitteln.

Kopfgröße und Intelligenz.

Die Ergebnisse neuerer Untersuchungen über die Beziehungen zwischen Kopfgröße und Intelligenz werden in H. Groß' Archiv von Medizinalrat Professor Dr. P. Näcke erörtert. Frühere Untersuchungen Bayerthals an Wormser Schulkindern haben den schon vielfach erhärteten Satz, daß gewisse Beziehungen zwischen Kopfgröße und Intelligenz bestehen, von neuem erhärtet. Bayerthal hat nun neuerdings die Resultate seiner Untersuchungen an rund 12 000 Schulkindern veröffentlicht. (Internat. Archiv für Schulhygiene, Band 3, München, Gemlin). Daraus ist folgendes hervorzuheben: Durch Messung der Größe des Horizontalumfanges gelang es ihm, in nicht wenigen Fällen „frühzeitig eine unverbesserliche Minderbegabung zu erkennen", und daher bedeute die Kopfmessung einen entschiedenen Fortschritt für die Pädagogik. Danach kommen sehr gute geistige Anlagen bei 7-, 10- und 12- bis 14jährigen Knaben mit einem Kopfumfang unter 48, 49½ und 50¼ Zentimeter, und bei Mädchen der gleichen Altersstufe mit einem Kopfumfang unter 47, 48½ und 49½ Zentimeter nicht mehr vor. „Auch die am Ende des Schuljahres 1909-10 vorgenommenen Untersuchungen lehren, daß sich die besten Anlagen niemals bei den kleinsten und den am sie grenzenden Horizontalumfängen finden. Es ist ferner aus ihnen ersichtlich, daß mit abnehmendem Kopfumfang die über dem Durchschnitt stehenden Anlagen seltener, die unter dem Durchschnitt stehenden häufiger werden." Bayerthal untersuchte endlich noch den Unterschied in der durchschnittlichen Kopfgröße bei den 14jährigen Schülern (Knaben und Mädchen) der Normalklassen und der sogenannten Abschlußklassen der Wormser Volksschulen, und in letzteren fand er mehr oder minder unter dem Durchschnitt stehende und nur selten oder überhaupt nicht intellektuell gut begabte Schüler, entsprechend dem durchschnittlich kleineren Kopfumfang. Diese Untersuchungen sind sehr verdienstlich und auch für den Juristen von Wert, wenn er Kinder als Zeugen zu vernehmen hat. Die Kopfgröße ist also ein, aber nicht das einzige Moment, das für die Beurteilung des Intelletts in Frage kommt. Dem entspricht ja auch ein größerer Umfang des Kopfes bei den meisten genialen Menschen.

Shaw über Jagow.

Die Berliner Freie Volksbühne, die im Mai dieses Jahres eine große Protestversammlung gegen das unbegreifliche Zensurverbot von Rosenows Bergarbeiterdrama Die im Schatten leben einberief, hat im Anschluß an diese Aktion ein Werbe- und Propagandabeft für ihr neues Spieljahr, das sie mit diesem Stück eröffnen wollte, herausgegeben. Wir entnehmen diesem Heft den Brief, den Bernard Shaw, der englische Dramatiker, über das Verbot von Rosenows Werk an Dr. Konrad Schmidt gerichtet hat:

Eine Theaterzensur, ausgeübt vom Polizeipräsidenten, wäre verhängnisvoll für das englische Drama, denn unsere Polizeibeamten verstehen nichts von Literatur, sie sind geneigt, jede Kunst als unsittlich und alle Künstler als verdächtige Subjekte zu betrachten.

Da man uns aber hier in England glauben läßt, daß alle deutschen Beamten die höchste Kultur ihres Zeitalters verkörpern und viel weiterblickend sind als Goethe, Wagner, Richard Strauß, nicht zu reden von Hofmannsthal, Hauptmann, Wedekind und dergleichen ausländischen Schriftstellern wie Shakespeare, Tolstoi, Ibsen und Strindberg, so dürfen Sie, glaube ich, die Bilanz deutschen Geistes getrost in ihre Hände legen mit der festen Zuversicht, daß alles, was von ihnen nicht beliebt oder auch nicht verstanden wird, entweder nichts taugt oder das menschliche Begriffsvermögen übersteigt.

Und daraus schließe ich: Wenn die Werke Rosenows den hohen kritischen Ansprüchen des Herrn Polizeipräsidenten v. Jagow nicht genügen, dann sind sie gerichtet in den Augen Europas und gänzlich ungeeignet zur Aufführung in einem zivilisierten Lande.

Besteht denn keine Aussicht, daß der Herr Polizeipräsident England besucht? Ein sicheres Gefühl sagt mir, daß die Universitäten von Oxford und Cambridge sich die günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen würden, ihn mit dem Titel eines Ehrendoktors der Rechte zu schmücken!

Bernard Shaw.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120703-16/fragment/page=0002

der Konservativen sich bemüht habe, die Stimmen der Sozialdemokraten für den Konservativen v. Schuckmann zu gewinnen, da v. Schuckmann eventl. die Jenaer Stichwahlbedingungen unterschreiben würde. Das Anerbieten sei glatt abgelehnt worden.

Den Hauptberatungsgegenstand bildete das neue Organisationsstatut. Bis vor kurzem bildeten die sämtlichen Wahlkreise der Provinz einschließlich Groß-Berlin eine organisatorische Einheit. Die Generalversammlung der Wahlkreis-Organisation Groß-Berlins hat aber in diesem Jahre das Kartellverhältnis der beiden Organisationen gelöst. Die erste Folge hiervon war, daß der Zentralvorstand der Provinz beschloß, an die Stelle der bisher gemeinsam mit Groß-Berlin abgehaltenen Provinzial-Konferenzen Provinzial-Parteitage treten zu lassen, und eine Neuorganisation für die Provinz zu schaffen. Nach dem Statut, das der Provinzial-Parteitag annahm, schließen sich die 18 Reichstagswahlvereine der Provinz (ohne Groß-Berlin) zu einem Verband zusammen, der den Namen Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg führt. Als Zentralvorstand fungieren die Vorsitzenden der 18 Kreiswahlvereine und die Obleute der Preßkommission der Brandenburger Zeitung, der Märkischen Volksstimme, des Neumärkischen Volksblattes und des Vorwärts. Im Behinderungsfalle ist eine Vertretung zulässig. Die laufenden Geschäfte leitet ein jährlich vom Zentralvorstand aus diesem gewählter Ausschuß von fünf Personen mit den angestellten Sekretären. Die Ausschußmitglieder und Sekretäre haben außerdem in allen Parteiorganisationen und in allen Parteiinstanzen des Bezirksverbandes beratende Stimme. Die höchste Instanz des Verbandes ist der alljährlich tagende Provinzialparteitag.

Vom Fortschritt der Parteipresse.

Unser Bielefelder Parteiblatt, die Volkswacht, konnte am 1. Juli auf ein 22jähriges Bestehen zurückblicken. Parteigeschäft und Parteipresse nahmen im Laufe der Zeit an Umfang zu, so daß ein imposanter Bau, der drei Straßenfronten hat, errichtet wurde. Aus Anlaß der Fertigstellung dieses Um- und Neubaues erschien die Volkswacht am 30. Juni als 32seitige Extranummer in einer Auflage von 80 000 Exemplaren. Im Parterregeschoß des neuen Gebäudes sind die Druckerei, Buchhandlung, Buchbinderei und Geschäftsbureaus untergebracht; im ersten Stock befinden sich Hand- und Maschinensetzerei, Stereotypie und 2 Gewerkschaftsbureaus; im zweiten Stock vier Gewerkschaftsbureaus, Bezirks- und Wahlkreis-Parteisekretariat, ein Konferenzzimmer, die Redaktionsräume, eine Wohnung; der dritte Stock enthält sechs Wohnungen und im Dachgeschoß sind die Badeeinrichtungen für das Personal. Das Gebäude mit Grundstück kostet fast 250 000 Mk. Die Volkswacht hat heute rund 18 000 Abonnenten.

•

Die Volkszeitung für das Muldental, unser Parteiorgan in den sächsischen Amtshauptmannschaften Borna und Oschatz, stand am 1. Juli zehn Jahre in Kampf und Arbeit. Die Nummer der Volkszeitung vom 30. Juni erschien als 8seitige Jubiläumsnummer.

Aus der Provinz.

Piesteritz. Der Herr Gendarm hat recht. Bekanntlich war beim Landrat über das Vorgehen des Gendarmen Sörgel beim Begräbnis des Genossen Schröter Beschwerde eingereicht worden. Da der Bescheid des Landrats nicht befriedigte, so versuchten die Genossen ihr Glück mit einer Beschwerde beim Regierungspräsidenten. Nunmehr ist auch von ihm eine Antwort eingegangen. Der Regierungspräsident aus Merseburg schreibt:

„Ihre Beschwerde vom 28. April cr. über den Bescheid des Herrn Landrats in Wittenberg vom 25. März 1912 — 1743/2 — betreffend das Vorgehen des Gendarmen Sörgel bei dem Leichenbegängnisse des Hermann Schröter dort weise ich nach Prüfung des Sachverhalts aus den in dem Bescheide angegebenen zutreffenden Gründen als unbegründet zurück. Der Beamte war berechtigt und verpflichtet, der Fortsetzung der strafbaren Handlung entgegenzutreten, und falls seinen Anordnungen keine Folge gegeben wurde, Gewalt anzuwenden. Wegen Rückgabe der beschlagnahmten roten Kranzschleife muß Ihnen anheimgestellt werden, sich an die für das schwebende Strafverfahren zuständigen Gerichtsbehörde zu wenden."

Wir müssen gestehen, daß wir durch den Bescheid nicht enttäuscht sind. Man ist es ja gewöhnt, daß im Lande des gleichen Rechts Mißgriffe von Beamten durch die vorgesetzte Behörde meist entschuldigt oder gutgeheißen werden. Bisher wurden die Leichenbegängnisse der verstorbenen Genossen in ähnlicher Weise begangen, wie es beim Genossen Schröter der Fall war. Jetzt sollen die Genossen plötzlich mit dem alten Brauch brechen, und zwar von Rechts wegen.

Piesteritz. Der beurlaubte Deckoffizier. Daß die militärisch klingenden Titel immer noch ihre Anziehungskraft ausüben, haben wir hier die letzten Tage wieder erlebt. Deckoffizier nannte sich ein nobel auftretender Herr, der sich hier einlogierte, um seinen Urlaub, der bis zum Dezember dauere, zu verleben. Leider hatte der seine Herr gleich am ersten Tage sein Portemonnaie mit 130 Mark verloren. Den Verlust ließ er durch die Ortsschelte bekannt machen (natürlich auf Kredit). Da der Fremde sein angeblich verlorenes Geld nicht wieder erhielt, pumpte er seine Wirtin um 6 Mk. an, die der „Herr Offizier" bei seinem Verschwinden, was, nachdem er das Geld erhalten hatte, sofort erfolgte, vergaß zu decken.

Mühlberg. Von der Kleinbahn. Die Kleinbahn-Aktiengesellschaft Burxdorf-Mühlberg hielt kürzlich ihre Generalversammlung ab. Wir entnehmen aus dem Geschäftsbericht des vergangenen Jahres folgendes: Die Mehreinnahme aus dem Personenverkehr betrug im Berichtsjahre 858,38 Mk. Befördert wurden 41 853 Personen, die eine Einnahme von 12 611,78 Mk. brachte. Im Vorjahre wurden 38 261 Personen befördert, durch die eine Einnahme von 11 753,40 Mk. erzielt wurde. Dies bedeutet eine Mehrförderung von 3592 Personen, daraus ergibt sich eine Mehreinnahme von 753,40 Mk. Demgegenüber ging der Güterverkehr erheblich zurück; er brachte eine Mindereinnahme in diesem Geschäftsjahre von 11 520,60 Mark. Nach Ansicht der Betriebsleitung ist der Verlauf zweifellos darauf zurückzuführen, daß die Kampagne der Zuckerfabrik Brottewitz weit gegen das Vorjahr zurückblieb. Die schlechte Rübenernte bedingte eine kürzere Betriebsdauer der Zuckerfabrik, und für die Kleinbahn ein Verlust an Einnahmen. Der Güterverkehr brachte im letzten Jahre eine Einnahme von 47 425 Mk., gegen 58 945 Mk. im Jahre vorher. Der Ueberschuß beträgt 20 252,38 Mk. Der Bericht empfiehlt die Verteilung einer Dividende von 3 Prozent auf 770 000 Mk. Aktienkapital. Auf neue Rechnung wurden 6152,38 Mk. vorgetragen. Die Hafenbahn lag im Geschäftsjahre vollständig still. — Die im letzten Jahre Sonnabends und Sonntags eingeschobenen Nachtzüge sollen ab 1. Oktober infolge mangelhafter Benutzung wieder aufgehoben werden. Dies ist allerdings für die hiesige Einwohnerschaft nicht besonders zu begrüßen. Die Kleinbahn beschäftigt 17 Beamte und Arbeiter. — Wie verlautet, soll der von Dresden kommende Schnellzug, der in Burxdorf ½9 Uhr abends hält, ebenfalls in Wegfall kommen. Wenn dies der Fall wäre, dürfte die Kleinbahn eine Einbuße zu verzeichnen haben, da die Fahrgäste, weil der Nachtzug wegfällt, des Nachts keine Verbindung mehr haben.

Allerlei.

Entsetzliches Eisenbahnunglück in Schlesien.

Am Sonntag abend 11,40 Uhr überfuhr Zug 674 auf der Strecke Breslau—Glogau bei Posten 4 (bei Schmiedefeld, in der Nähe von Breslau) einen mit Personen besetzten Kremser. **Fünf Tote wurden geborgen. Vier Schwerverletzte** wurden mittels Hilfszuges, der gleich nach 1 Uhr an der Unfallstelle eintraf, nach Breslau geschafft. Die Leichtverletzten wurden von einem Arzte, der im Zuge war, verbunden; sie fuhren mit anderen Kremsern nach Breslau. Die Anzahl der Leichtverletzten ist unbekannt. Schuld ist die Unaufmerksamkeit des Schrankenwärters. Wie die Schles. Zeitung meldet, hat der Bahnbeamte, der mit der Bedienung des mechanischen Schrankenschlusses an der Chausseeüberführung, an der der Personenzug in den Kremser hineinfuhr, betraut war, der Hilfsbahnwärter Standke aus Marienhöfchen, einen Selbstmordversuch verübt. Er wurde in Schutzhaft genommen.

Breslau, 1. Juli. Das Krankenhaus Aller Heiligen teilt mit, daß **elf Schwerverletzte** noch im Laufe der Nacht eingeliefert wurden. Von diesen sind bereits zwei ihren schweren Verletzungen erlegen. Die Zahl der Getöteten würde sich demnach **auf sieben** belaufen. Außerdem befinden sich mehrere noch in großer Lebensgefahr. Drei Schwerverletzte wurden dem Wenzelhanckeschen Krankenhause überführt und zwei dem Hospital zum Kloster der Barmherzigen Brüder. Auch von den Schwerverletzten, die in das Wenzelhanckesche Krankenhaus eingeliefert wurden, soll einer bereits seinen furchtbaren Verletzungen erlegen sein.

Die Ursache der Schwaben-Katastrophe.

Direktor Colsmann von der Zeppelingesellschaft teilt zu der Katastrophe des Luftschiffes Schwaben mit: Die Untersuchung hat bestätigt, daß die Entzündung durch Reibung des Gummistoffes entstanden ist, die entweder durch Ausströmen des Gases oder durch Einknickung einiger Aluminiumträger erfolgte. Es muß auch bei diesem Unfall wieder darauf hingewiesen werden, daß zur Sicherheit der Zeppelinluftschiffe unbedingt Hallen erforderlich sind, in die die Schiffe bei jedem Winde hineinkommen. Während der Fahrt und in der Halle sind die Luftschiffe gegen solche Unfälle gesichert.

Weiß man das erst seit der letzten Katastrophe?!

Verheerender Wirbelsturm in Kanada.

Ein furchtbarer Wirbelsturm verwüstete die Stadt Regina, Hauptstadt der Provinz Saskatschewan. Fünfzig Menschen sind ums Leben gekommen. Der Sachschaden beträgt eine Million Dollar. — Der Orkan dauerte nur kurze Zeit, doch wurde durch ihn der ganze nördliche Stadtteil zerstört, darunter auch der Waggonschuppen der Canadian Railway Company.

Eine später eingegangene Meldung aus Winnipeg besagt: Bei dem Wirbelsturm, der die Stadt Regina zerstört hat, sollen 200 Personen getötet oder verletzt worden sein.

Ein hochehrwürdiger Priester.

Am Donnerstag voriger Woche wurde in Schaag bei Brevel (am Niederrhein) der Kaplan verhaftet, der sich seit einem Jahre fortgesetzt an den Messdienern (Knaben) unsittlich vergangen hat. Seine Schweinereien übte er während der Zeit in der Sakristei (!) aus, wenn der Pfarrer auf der Kanzel stand und predigte. Bei solcher Gelegenheit wurde er überrascht. Die katholische Presse schweigt sich, wie üblich, über den Fall aus. Der Verhaftete ist 32 Jahre alt und gebürtig aus Goch im Kreise Cleve.

Einen Raubmord an der eigenen Mutter

verübte in der Nacht zum Sonntag der 18jährige Maler Joseph Dewald in einer Ortschaft bei Schwiebus. Der Mörder floh nach Berlin, wo er gestern bei einem Bekannten aufgefunden und verhaftet wurde. Man fand bei ihm noch die Summe von 1700 Mark und verschiedene Schmucksachen. Er hatte seine Mutter mit einem Beil erschlagen, um sich in den Besitz des Geldes zu setzen. Bei seiner Vernehmung zeigte er ein rohes, zynisches Benehmen und legte ein offenes Geständnis ab.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales und Provinzielles: Wilhelm Koenen, beide in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von ½12 bis ½1 Uhr.

Quittung.

Verlobungsfeier bei Kittlaus 1,60 Mk. Reiwand.

JOSETTI

JUNO

2 ₰

CIGARETTEN

LEOPOLD NUSSBAUM.

Schuhwaren-Räumungs-Verkauf!!

1 Posten **Damen-Stiefel** äusserst dauerhafte Qualitäten, mit und ohne Lackkappe und Derby. **Räumungspreis:** 4.75 5.75 6.90

1 Posten **Damen-Stiefel** allerneueste Fassons, zum Teil Goodyear-Welt, in tadelloser Verarbeitung **Räumungspreis:** 7.90 8.75 9.75

Kinder-Stiefel

Rossleder Grösse 25–26 kräftige Ware, gut genagelt, bequeme Formen 1.95
Gr. 31–25 = 2.95
Gr. 27–30 = 2.45

Boxleder Grösse 23–26 breite, naturgemässe Formen, weich. Oberleder 2.55
Gr. 31–35 = 4.50
Gr. 27–30 = 3.95

Ross-Chevreaux Grösse 23–26 hocheleg., gutsitzender Stiefel mit Lackkappen, neue br. Fasson 2.75
Gr. 31–35 = 5.50
Gr. 27–30 = 4.75

Eleg. braune Stiefel Grösse 23–26 mit Lackkappe, äusserst haltbar, kräftiger Boden 3.45
Gr. 31–35 = 5.50
Gr. 27–30 = 4.95

Leder-Sandalen Grösse 23–26 äusserst bequem u. angen. Tragen 1.25
Gr. 36–42 = 2.45
Gr. 31–35 = 1.95
Gr. 27–30 = 1.55

Biegsame Sandalen leichtes und bequemstes Schuhwerk, alle Grössen 1.95
3.90 3.45 2.95 2.65 2.45

1 Posten **Halb-Schuhe** hochelegante Fassons mit u. ohne Lackkappe moderne amerk. Absatz **Räumungspreis:** 4.25 5.50 6.90

1 Posten **Halb-Schuhe** wunderbare Fassons glatt u. mit Einsätzen zum Teil Goodyear Welt **Räumungspreis:** 7.90 8.75 9.75

Ein Posten Segeltuch- u. Lastingschuhe 95 Pf. mit Ledersohle 2.95 1.65 1.25

Ein Posten Leder-, Haus- u. Reise-Schuhe 1.75 2.45 2.25 1.95

1 Posten **Herren-Stiefel** aus weichem Box- und ganz kräftigem Strapazierleder, vorzügl. Passform 4.75 5.75 6.90

1 Posten **Herren-Stiefel** hocheleg. amerikanische Fassons, zum Teil Goodyear-Welt-Fabrikat 7.90 8.75 9.75

1 Posten **Bursch.-Stiefel** in Grösse 36–40, zum Teil breite mod. Fassons u. gediegene Verarbeitung 2.90 3.90 5.90

1 Posten **Strand- u. Tennisschuhe** kein reguläres Grössen-Sortiment, in leichter und festerer Verarbeitung 1.45 2.95 3.95

Ein Posten **Stoff-Reise-Schuhe** . . . . . 78 Pf. | Ein Posten **Militär-Tuch-Schuhe** . . . . 95 Pf. | Ein Posten **Plüsch-Pantoffel** . . . . . 78 Pf. | Ein Posten **Leder imit. Pantoffel** . . . . 98 Pf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120703-16/fragment/page=0003

Das volle Haus
Walhalla
Noch bis 15. Juli! **Hurrah!** Noch bis 15. Juli!
Die unerreichbaren
Tymians
wegen des tollen
Riesenerfolges
noch bis 15. Juli
prolongiert!
Jedermann hole sich Vorzugskarten!
Ab heute vollständig neues Programm.

Zentral-Amerikan-Germania-Theater.
Mittwoch. 3 Akte.
Das 6. Gebot.
Asta Nielsen. **Die arme Jenny.** Asta Nielsen.
Für ausgesperrte Metallarbeiter bedeutend ermässigte Preise.
Alle Verbands-Vorzugskarten haben von jetzt an Gültigkeit.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Saison-Ausverkauf!
Herren-Socken, Damen- und Kinder-Strümpfe, Waden-Söckchen spottbillig.
Paul Ochsenknecht, Grosse Klausstr. 5 und Grassweg 17.

Apollo-Theater.
Direktion: Gustav Poller.
Heute und folgende Tage, allabendlich 8.15 Uhr:
„So'n Windhund!"
Beispielloser Lacherfolg! Heiterkeitsstürme!
Im „Lustspielhaus" Berlin und „Schauspielhaus" Leipzig
allabendlich ausverkauft!
Das Volksblatt schreibt:
Wenn im „Apollo" jemals Tränen gelacht werden, so geschieht es jetzt bei der Aufführung: „So'n Windhund!"

Vorschriftsmässige
Wandervogelflaschen
aus Aluminium, billigst.
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Ansichtspostkarten empfiehlt die Volksbuchhandlung

---

3 Könige, Kl. Klausstrasse 7.
Mittagstisch 45, 60 u. 100 ₰
Stammspeisen von 40 ₰ an.
Jeden Donnerstag: Skatabend.

Dauer-Gasanzünder
25 Pf., billiger wie Streichhölzer.
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Möbel — Kleiderschränke
nur 28 Mk., Vertiko 36 Mk., Schreibt. 36 Mk., Büfettchen 70 Mk.
Ausstattungen, grosse Auswahl.
Carl Bieler,
Albrechtstrasse 39.

Spezial-Kuchen-Bäckerei
Willy Kämpf,
Neilstraße 12 (neben Aug. Thurm).
Div. Kuchen- und Kaffeegebäck
stets frisch und wohlschmeckend.

Bildschön
macht ein zart, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisch. Aussehen, weiße, sammtweiche Haut u. ein schön. Teint. Alles dies erzeugt die allein echte Steckenpferd-Lilienmilch-Seife à Stück 50 Pf., ferner macht der Dada-Cream rote u. rissige Haut in einer Nacht weiß u. sammtweich. Tube 50 Pf. bei: Helmbold & Co., Leipzigerstr. 104. Bruno Berthold, Gr. Steinstr. 48. Bruno Pretzsch, Moritzzwinger 1. F. A. Patz, Gr. Ulrichstr. 6. Franz Wahren, Poststr. 1. Ernst Jentzsch, Leipzigerstr. 34. Max Beyer, Olearius-str. 3. Wilh. Durow, Drehauptstr. O. Kramer, Gegenüb. d. Glaueh. K. In Giebichenstein: Fritz Stoll.

Richard Flemming,
Halle a. S., Schmeerstraße 22.
— Optische Anstalt. —
Große Auswahl, billigste Preise!

Gebr. Nähmaschine und Trumeau verk. billig Dachritzstr. 9, I. l.

Saison-Räumungs-Verkauf. Sonder-Preise.
Steingut und Porzellan.

Steingut		Steingut		Echt Porzellan		Echt Porzellan	
Speiseteller tief und flach, 10 5	3 Pf.	Tassen mit Untertasse, 9	5 Pf.	Speiseteller	10 Pf.	Tassen bl. Meissner Stroh-muster 5 Paar	95 Pf.
Speiseteller blau Zwiebelmuster	10 Pf.	Obstschalen auf Fuss	25 Pf.	Kopott-Teller	5 Pf.	Speiseteller blau Meissn. Strohmuster	38 Pf.
Fettkümpe 8 5	3 Pf.	Kartoffelschüsseln	14 Pf.	Kaffeekannen bunt dekoriert	42 Pf.	Kaffeekannen blau Meissner Strohmuster	110
Kaffee- und Zuckerbüchsen	5 Pf.	Eierservice 48	28 Pf.	Teekannen bunt dekoriert	28 Pf.	Teekannen blau Meissn. Strohmuster	95 Pf.
Reisschalen bunt dekoriert 19	8 Pf.	Brotkasten 88	28 Pf.	Terrinen bunt dekoriert 85	25 Pf.	Butterdosen blau Meissn. Strohmuster	48 Pf.
Cabarets 3teilig	35 Pf.	Saucieren	35 Pf.	Pfeffer- u. Salzstreuer	7 Pf.	Zuckerdosen blau Meissn. Strohmuster	78 Pf.
Terrinen 35	25 Pf.	Kaffeebecher bunt 8	6 Pf.	Kartoffelschüss. mit Deckel	88 Pf.	Cabarets bl. Meissner Strohmuster	175
Brotplatten 18	12 Pf.	Kannenuntersetzer	7 Pf.	Speiseteller m. Goldrand, bt. dek.	32 Pf.	Brotkörbe blau Meissner Strohmuster 1.50	95 Pf.
Milchtöpfe 18 12 10	6 Pf.	Speiseservice 23 teilig, Goldrand	950	Kinderservice 4 teilig	85 Pf.	Kuchenteller	95 Pf.

Waschservice grosse Form, creme und mod. Dekore, 4.50 3.95 2.95 1.85 1.65 **95** Pf.
Küchen-Garnituren bunt dekoriert 9.75 6.50 4.95 **300**

Echt Porzellan		Echt Porzellan	
Tassen bt. dek. 6 Paar	95 Pf.	Geleedosen bt. mit Früchten	48 Pf.
Tassen Goldrand 6 Paar	95 Pf.	Quirlhalter	50 Pf.
Kuchenteller bt. dek.	22 Pf.	Schaumlöffel	38 Pf.

M. BÄR Nachf.
Grosse Ulrichstrasse 54.

Schnittmuster
nach den vorzüglich. Modellen der Deutschen Moden-Zeitung, Leipzig, sind zu bez. durch die Verkaufsstelle
Gustav Lerche, Halle
Nähmasch.-Handl., Plissee-Presserei, Kl. Ulrichstr. 33 (Ecke Dachritzstr.)

Licht ist Macht.
Wie schütze ich mich vor zu starkem Familienzuwachs?
Die Verhütung der Konzeption auf gesunde Art.
Preis (mit Anhang) 50 Pfg., (ohne Anhang) 30 Pfg.

Ein einfaches und natürliches Mittel zur Verhütung der Empfängnis von einem Menschenfreunde.
Preis 60 Pfg.

Kindersegen und kein Ende.
Ein Wort an denkende Arbeiter
v. Fritz Brugbacher, Arzt i. Zürich.
— Preis 30 Pfg. —
Porto: einzeln 5 Pfg., zusammen 20 Pfg.
Zu beziehen durch alle Austräger und die
Volks-Buchhandlung.
Harz 42/43.

Lützen.
Laden mit Kontorstube,
in sehr guter Geschäftslage, ist per sofort oder später zu vermieten
Schloßstraße Nr. 7.

Gewerkschaftskartell Halle.
Freitag, den 5. Juli 1912, abends 8½ Uhr
im „Volkspark":
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Eingänge und Mitteilungen.
2. Vortrag über das Hausarbeitsgesetz.
3. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch der Delegierten bittet
Der Vorstand.

Wohnungs-Ummeldung.

Unterzeichneter verzog

von (Ort, Straße u. Hausnummer) .....

nach (Ort, Straße u. Hausnummer) .....

und ersucht um Lieferung des Volksblattes in die neue Wohnung ab 1. Juli 1912.

Name (recht deutlich) .....

Metallarbeiter
Verwaltung Halle a. S.
Donnerstag den 4. Juli cr. abds. 8¼ Uhr
im „Volkspark":
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Die Aussperrung in Halle, Magdeburg und Hannover und ihre Ursachen.
Die Kollegen werden hierzu eingeladen.
Die Orts-Verwaltung.

Nähmaschinen
aller Systeme, ff. Fabrikate, von 60 Mark an.
Auf Wunsch günstige Zeitzahlung
::: bei kleiner Anzahlung. :::
Reparaturen schnell und billig.
Karl Möller, Brüderstraße 9a, an neuen Amtsgericht. Tel. 4223.

Mittwoch **Schlachtefest.** Marie Bötscher, Triftstraße 2.

Morgen, Mittwoch **Schlachtefest.** Fr. Langenhagen, Harz 29.

Morgen, Mittwoch — Schlachtefest. — Früh 8 Uhr: Wellfleisch. Otto Becker, Kröllwitz.

:: **Waschgefäße,** :: dauerhaft und billig. Größte Auswahl. Böttcherei Schillershof 1.

Kupee-Koffer.
Elegant, leicht und dauerhaft.
Besonders billig:

Unverwüstliche Vulkanfibre-Koffer				Braune kunstlederne Koffer			
55	60	65	70 cm lang	50	55	60	65 cm lang
10.50	11.75	12.75	13.75 Mk.	3.50	5.00	5.50	6.25 Mk.

C. F. Ritter, Halle a. S.,
Leipzigerstr. 90.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

---

1 Kupferkessel, 1 Schnittebank, 1 Sense mit Kornbaum hat abzugeben J. Trapp, Nietleben, Eisledenerstraße 11.

Todes-Anzeige.
Sonntag, 30. Juni, starb nach langem Leiden meine gute Frau, unsere gute Mutter, die Bezirkshebamme
Martha Schönig.
Döllnitz, 30. Juni cr.
Die trauernde Familie
Ernst Schönig.

Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe unserer teuren Entschlafenen, sagen wir allen denen, die ihr auf ihrem letzten Wege Geleit gaben, unsern innigsten Dank. Insbesond. Dank Herrn Hilfsprediger Hilgner für die trostreich. Worte am Grabe. Ferner Dank meinen Kollegen auf der Baustelle Fleischerstr. 16 für die Kranzspende, sowie dem Bauarbeiter-Verband für die gewährte Unterstützung.
Halle a. S., 1. Juli 1912.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Hermann Pohlitz
nebst Kindern.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120703-16/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 152 — Halle a. S., Mittwoch den 3. Juli 1912 — 23. Jahrg.

Wirtschaft und Taktik.

Die wirtschaftliche und politische Zersetzung Württembergs.

II.

(Schluß.)

Die im ersten Artikel zahlenmäßig geschilderte wirtschaftliche Umwälzung in Württemberg findet naturgemäß ihren Ausdruck auch im politischen Leben des Ländchens. Sie kann nicht ohne Einfluß bleiben auf die Stellung der Regierung zur Sozialdemokratie, wie auf den Charakter und die Taktik der Parteien. Und hier bestätigt sich wieder einmal der alte Erfahrungssatz, daß die bürgerlichen Parteien mit einem feineren Klasseninstinkt ausgestattet sind als das Proletariat.

Die „demokratische" Volkspartei, einstmals die Vertreterin des Kleinbürgers und des Kleinbauern, sieht die Bevölkerungsschichten, auf die sie sich bisher vorzugsweise stützte, mehr und mehr dahinschmelzen. Ein Teil wird ins Proletariat gedrängt und verstärkt unsere Scharen. Ein anderer Teil steigt zur eigentlichen Bourgeoisie auf. Der Rest, durch das Kapital in seiner Existenz schwer bedrängt, schlägt sich, soweit er politisch denken gelernt hat, zur Sozialdemokratie, der andere Teil wird reaktionär. Er haßt die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, denn nur durch rücksichtslose Ausbeutung der wenigen ihm zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte kann er seine „selbständige" Existenz dem Großbetrieb gegenüber behaupten. Darin führen ihn die Gewerkschaften mit ihren Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Sozialdemokratie mit ihrer Förderung des Arbeiterschutzes.

Die Volkspartei hat keinen Augenblid gezögert, diesen veränderten Gesinnungen und Verhältnissen ihre Politik und Taktik anzupassen. Nachdem sie in der Praxis schon längst den demokratischen Hausrat aus der Väter Zeit auf die Rumpelkammer verbracht hatte, wurden bei der großen Programmrevision anläßlich der „liberalen Einigung" die ehrwürdigen Reliquien auch noch feierlich verbrannt. Die Forderung der Beseitigung der Zölle und indirekten Steuern, die Forderung des gleichen Gemeindewahlrechts, die Abschaffung der Todesstrafe, der Lernmittelfreiheit in den Schulen, die Abkürzung der Legislaturperioden, des Referendums, der Oeffentlichkeit der Bundesratssitzungen usw., alles ging in Rauch auf.

Die Tätigkeit dieser „Demokratie" im württembergischen Landtage beschränkt sich im wesentlichen auf den Schutz der Besitzenden. Das trat besonders kraß zutage bei Beratung der neuen Bauordnung für Württemberg im Landtag im April 1910. Die Volkspartei kämpfte in so skandalöser Weise für die Interessen der Hausbesitzer und Terrainspekulanten, daß selbst die Konservativen von ihr abzurücken für nötig fanden und die Regierung mit der Sozialdemokratie gegen diese „Volkspartei" ankämpfen mußte. — Bei der Verfassungsreform, der Schulreform, der Gemeindereform und anderen Gesetzentwürfen entpuppte sich die Volkspartei als gefährlicher Gegner jeder ernsthaften Reform. Wo sich ihr Gelegenheit dazu bot, fiel sie der Sozialdemokratie in den Rücken. Von den Nationalliberalen Württembergs, die überdies auf dem rechten Flügel ihrer Partei stehen, trennt die Volkspartei nur noch Tradition und Name.

Ueber die Stellung der Regierung zur Sozialdemokratie nach den Vorgängen bei der Stuttgarter Bürgermeisterwahl im Mai 1911 und den Kundgebungen im Staatsanzeiger zur Reichstagswahl noch etwas zu bemerken, erübrigt sich.

Die Sozialdemokratie kann angesichts dieser veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse die Taktik der Budgetbewilligung, der Hofgängerei und Ministeresserei nicht fortsetzen. Es geht nicht an, vormittags mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien beim Minister speisen, Patschhand zu geben usw., und dann nachmittags dieser Regierung scharfe prinzipielle Opposition zu machen. Eine solche Opposition bekommt einen Stich ins Komödienhafte. Sie wird nicht mehr ernst genommen. Das Vertrauen der Parteigenossen, die diese Vorgänge aus der Nähe beobachten können, muß schwinden.

Es ist zuzugeben, daß durch eine scharfe prinzipielle Agitation und Politik Bevölkerungsschichten, die in der Sozialdemokratie vorzugsweise die Erbin des kleinbürgerlich-demokratischen Programms sehen, abgestoßen werden können, ja, daß vorübergehend sogar unser Mandatsbesitz gefährdet werden kann. Es ist möglich, daß wir andererseits durch eine opportunistische Anpassungspolitik an den Klassenstaat zeitweilig „Wahlerfolge" erringen können, die über das Maß unserer natürlichen Stärke hinausgehen. Aber auf die Dauer werden wir durch solche „Verankerung im Klassenstaat", wie sie ein Führer der Opportunisten in einer Stuttgarter Parteiversammlung den Genossen als höchste politische Weisheit anpries, das Vertrauen eben jener immer zahlreicher werdenden Bevölkerungsschicht verlieren, die durch die wirtschaftliche Entwicklung in immer schärfere Feindschaft zum Klassenstaat hineingetrieben wird. Wir müßten vorübergehende und dazu zweifelhafte Wahl- und Mandatserfolge mit einer schweren und dauernden Schädigung der Partei erkaufen. Die Zersetzung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Württembergs würde vor der Sozialdemokratie nicht halt machen. Wir wollen nur eine Taktik, die sich mit unserem Programm und den veränderten wirtschaftlichen Verhaltnissen im Einklang befindet. Darum der Streit.

Es ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß in Württemberg durch die Niederbeugung der Wortführer der Radikalen die heißersehnte „Ruhe" zur Fortsetzung opportunistischer Experimente geschaffen wird. Es wird das aber nur die Ruhe vor dem Sturm sein, der um so sicherer den trügerischen Bau der Opportunisten zum Stürzen bringen und seine Baumeister unter sich begraben wird.

Die Schrecken der Heimindustrie.

In der Bekämpfung der Heimindustrie ist bisher so gut wie nichts geschehen. Alles Drängen der Arbeiter, der Sozialhygieniker und bürgerlichen Philantropen war bisher vergeblich. Auch das am 1. April d. J. in Kraft getretene Hausarbeitsgesetz wird nicht viel nützen, zumal nicht abzusehen ist, wann die verhältnismäßig wichtigste Bestimmung, Einführung von Lohnbüchern bezw. Lohnzetteln, vom Bundesrat zur Durchführung gebracht wird. Das Gesetz überläßt es bekanntlich dem Bundesrat und den Polizeibehörden, bei den gröbsten Mißständen einzugreifen; was dabei herauskommen wird, ist bei der in Deutschland herrschenden Scharfmacherei recht zweifelhaft.

Um so notwendiger ist es, immer wieder auf die leider nur zu oft grauenhaften Zustände in der Heimarbeit hinzuweisen. Nicht was die Organisationen der Arbeiter über die Heimarbeit und ihre Wirkung festgestellt haben, wollen wir heute berichten, sondern wiedergeben, was amtliche Organe, die Gewerbeaufsichtsbeamten, bei ihren Inspektionen an Elend und Leid angetroffen haben. Greifen wir nur einiges heraus:

Nach § 137a der Gewerbeordnung darf an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter für die Tage, an welchen sie in dem Betriebe die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hindurch beschäftigt wurden, Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebes vom Unternehmer überhaupt nicht übertragen, oder für Rechnung Dritter überwiesen werden. Ist die Arbeitszeit kürzer als die gesetzlich vorgeschriebene, so darf nicht mehr Arbeit mitgegeben werden, als voraussichtlich in der gesetzlichen Arbeitzeit erledigt werden kann. Nun berichtet aber eine große Reihe der preußischen Gewerbeaufsichtsämter, daß es gar nicht möglich ist, zu kontrollieren, ob gegen diese Bestimmungen Verstöße vorkommen; es wird direkt gesagt, daß die Bestimmungen übertreten werden, zum Teil mit Einwilligung der Arbeiterinnen. Andererseits wird vom Unternehmer oder den Arbeiterinnen behauptet, daß die Arbeit für die Angehörigen mit nach Hause genommen werde. Also das Gesetz versagt. Wäre es für den Gesetzgeber nicht zweckmäßiger, der Heimarbeit etwas energischer entgegenzutreten? Aber freilich: Der Profit regiert.

Ueberall ist bekannt, wie die unglückselige Kinderarbeit durch die Heimindustrie begünstigt wird. Der Kinderschutz wird zum größten Teil unmöglich, wenn nicht gegen die Heimarbeit ernstlich vorgegangen wird. Das badische Gewerbeaufsichtsamt z. B. betont, daß in der Uhrenindustrie die ungesetzliche Kinderarbeit nicht abgenommen hat. Da die meist feinen Arbeiten von den kleinen Kinderhänden geschickt verrichtet werden, zieht man zahlreiche Kinder, vom zartesten Alter an, zur Arbeit heran. Es wurden Kinder von sechs und sieben Jahren angetroffen, die sich täglich längere Zeit mit „Butzenstecken" beschäftigen; meist wird den Kindern eine gewisse tägliche Arbeitsmenge vorgeschrieben. Nicht selten kommt es vor, daß Kinder mit Arbeiten betraut werden, welche auf Grund der Anlage zu § 4 des Kinderschutzgesetzes verboten sind, z. B. Bohrarbeiten.

Von der Blumenindustrie heißt es, daß eine Firma sich durch die Revisionen in der Hausindustrie geschädigt fühlte, die sie einen größten Teil ihrer jugendlichen Heimarbeiter, die in ungesetzlicher Weise beschäftigt wurden, verloren. Durch die Drohung, sie werde die Heimarbeit außer Landes verlegen, suchte sie das Vorgehen gegen ungesetzliche Kinderarbeit abzuschwächen. In der Stuhlflechterei wurden Kinder von acht und neun Jahren bei der Arbeit angetroffen; für den zarten Kinderkörper ist diese Arbeit wegen der schiefen Haltung zweifellos schädlich. In der Bürstenindustrie wurden zahlreiche Heimstätten besichtigt; 70 schulpflichtige Kinder, von denen viele das zehnte Jahr noch nicht erreicht hatten, waren mit Einziehen von Bürsten beschäftigt.

Das Kapitel ließe sich aus diesen amtlichen Berichten noch wesentlich verlängern. Doch wir wollen nur noch zwei Momentbilder aus der Zigarrenindustrie mit ihrer ausgedehnten Heimarbeit zeigen. Das Gewerbeaufsichtsamt für den Regierungsbezirk Kassel berichtet aus Bad Orb:

„Die vom Rektor der Volksschulen in Bad Orb mit großer Sorgfalt aufgestellte Liste der gewerblich beschäftigten Kinder gab dem Gewerbeinspektor Anlaß —, etwa 80 Werkstätten der Heimarbeit zu besichtigen. In Bad Orb wird fast ausschließlich das Ausrippen von Tabak und das Rollen fertiger Zigarrenwickel getrieben. Das Rollen oder Zigarrenmachen kann nur von gut gelernten Arbeitern vorgenommen werden; bei dieser Arbeit besteht deshalb keine Gefahr, daß mit ihr auch Kinder beschäftigt werden könnten. Dagegen wurde bei der Besichtigung mit einiger Sicherheit festgestellt, daß in etwa 14 Fällen sogar Kinder unter zehn Jahren an den von den Eltern, meistens Müttern, ausgeführten Abrippungsarbeit teilgenommen hatten. . . . Die Besichtigungen ergaben im übrigen ein trübes Bild von der Lebensweise und den ganzen wirtschaftlichen Verhältnissen der Heimarbeiter in Bad Orb. Die Arbeit wird meist in engen, niedrigen und ungenügend beleuchteten Stuben, die oft gleichzeitig als Schlafgemächer dienen, verrichtet. In einer Stube lag die Heimarbeiterin, zur Zeit Wöchnerin, mit ihrem acht Tage alten Kind im Bette, während neben dem Bette eine Verwandte, welche die Pflege der Wöchnerin übernommen hatte, mit dem Ausrippen von Tabak beschäftigt war."

Wir fügen aus Erfahrung hinzu, daß es dieser Wöchnerin noch besser ging als mancher anderen, die auch während des Wochenbettes den Tabak nicht aus ihren Fingern los wurde. Der Bericht des badischen Gewerbeaufsichtsamts erwähnt folgenden Fall:

„Für eine Zigarrenfabrik verrichtete eine alte Frau, die mit offenem Gesichtskrebs behaftet war, Heimarbeit, nachdem sie trotz einer offenen Wunde am Auge jahrelang in der Fabrik beschäftigt worden war. Die Frau wurde mit Blut an den Händen, das von den Gesichtswunden herrührte, beim Tabakrippen angetroffen. Die Fabrikkrankenkasse lehnte den Antrag, die Frau in das Samariterkrankenhaus nach Heidelberg zu bringen, ab. Der Kranken wurde untersagt, sich weiter mit Tabakrippen und sonstigen Arbeiten für die Fabrik zu beschäftigen und das Zimmer zu betreten, in welchem ihre Angehörigen Tabak verarbeiten."

Das Angeführte bestätigt die immer wieder hervorzuhebende Schädlichkeit der Heimarbeit; es ist ein weiterer Beleg dafür, wie sehr neben der Gesundheit der Heimarbeiter die Gesundheit und Wohlfahrt der ganzen Bevölkerung gefährdet ist. Die Arbeiterschaft hat nach Berücksichtigung aller Umstände das stärkste Interesse an der Bekämpfung der Heimarbeit und ihrer schlimmen Auswüchse; aber nicht nur die Arbeiter, sondern das ganze Volk ist interessiert bei der Heimarbeitsfrage. Und da die Gesetzgebung auf diesem Gebiete bisher völlig bedeutungslose Arbeit geleistet hat, ist es notwendig, sie vorwärts zu treiben. Auch das Streben der Gewerkschaften auf diesem Gebiete muß anerkannt und gefördert werden. Schließlich kann man sich auch als Konsument an der Bekämpfung der Heimarbeit und ihrer schädlichen Wirkungen auf wirtschaftlichem und sanitärem Gebiete beteiligen, indem man den Kauf von in der Heimindustrie hergestellten Waren vermeidet. Es müssen alle Mittel in den Dienst dieser Sache gestellt werden nach dem Grundsatze: Die Wohlfahrt des Volkes sei das höchste Gesetz!

Gewerkschaftliches.

Gemeingefährliche Arbeitswillige.

In einer Reihe von bürgerlichen Zeitungen wird die Notiz verbreitet, daß bei dem Streik der Mühlenarbeiter in Bissingen a. E. zwischen den aus Hamburg hergeholten Arbeitswilligen und den streikenden Arbeitern ein Renkontre stattgefunden habe, bei welchem ein Teil der Beteiligten erhebliche Verletzungen erlitten habe. Diese Notiz ist unrichtig! Tatsache ist, daß die im Betrieb internierte Hintzgarde sich gegenseitig derartig vermöbelte, daß Polizei und ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Tatsache ist ferner, daß die Arbeitswilligen wiederholt die friedlich ihrer Pflicht obliegenden Streikposten zu provozieren versuchten und mit blauen Bohnen drohten.

Der Streik der Maschinisten, Heizer und Erdarbeiter in Minden a. W.

dauert fort. Am 29. Juni fanden erneut Verhandlungen statt, die leider ergebnislos verliefen. Die Firma Held u. Franke A.-G. erklärte, einer bestimmten Regelung der Arbeitszeit nicht zustimmen zu können, ebensowenig könne sie eine Lohnerhöhung auf sich nehmen. Bezeichnend ist die Aeußerung des Direktors Brüning: Wir werden lieber das Geld, was uns die Lohnerhöhung eventl. kostete, für die Herbeischaffung ausländischer Arbeitskräfte in Anspruch nehmen als den deutschen Arbeitern etwas bewilligen.

Tatsächlich haben denn auch Agenten der Firma in Holland Arbeiter angeworben, denen pro Stunde 43—48 Pf. versprochen wurden und freie Station, während die Streikenden 48 Pf. fordern.

Die Vertreter der Arbeiter erklärten sich zu dem weitestgehenden Entgegenkommen sowohl hinsichtlich der Arbeitszeit, wie des Lohnes bereit.

Gerüchtweise verlautet, daß der Verband der Tiefbaugeschäfte der Firma Held u. Franke mit einer allgemeinen Aussperrung bestpringen wolle.

Generalstreik der amerikanischen Seeleute.

1400 Delegierte der Neuyorker Frachtverlader und Kohlenzieher beschlossen, den Streik zu erklären. Der Ausstand wird sich auf insgesamt 110 000 Mann erstrecken und dürfte nicht nur die Küstenschiffahrt, sondern auch die Ozeanschiffahrt in Mitleidenschaft ziehen.

Soziales.

Ein Arzt über die Notwendigkeit des Urlaubs.

In sozial rückständigen Kreisen herrscht noch immer die veraltete Auffassung, daß der Sommerurlaub der Angestellten ein entbehrlicher Luxus sei. Wie wenig diese Anschauung zutrifft, darüber belehren vortrefflich einige Ausführungen, die ein Arzt, Dr. med. Alfons Fischer, in der Deutschen Industriebeamten-Zeitung zur Frage des Urlaubs macht. Er schreibt dort u. a.:

Es gibt, wie jeder in der Praxis stehende Arzt bestätigen wird, eine Reihe von Krankheitszuständen, in denen jedes Mittel versagt, wofern nicht eine Luftveränderung Platz greift. Es sind dies gewöhnlich gar nicht die schweren, mit ganzer Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungen. Bei Bleichsucht, Blutarmut, Nervosität, Erkrankungen der Atmungsorgane u. a. m. also bei Krankheiten, die zumeist zu einer unmittelbaren Arbeitsunterbrechung nicht führen, aus denen aber, wenn nicht rechtzeitig die erforderlichen Gegenmaßnahmen getroffen werden, tiefergreifende Uebel sich entwickeln können, da wird von Krankenkassen und Arbeitgebern jetzt vielfach schon die Ueberweisung in einen Kurort bewilligt.

Aber man sollte nicht abwarten, bis eine Erkrankung sich zeigt. Es weiß nachgerade jeder, daß die Krankheitsverhütung mehr ist als die Heilung. Der größte Teil der Erwerbstätigen ist heutzutage einer Summe von Gesundheitsschädigungen durch seinen Beruf ausgesetzt. Dies gilt insbesondere für solche Personen, die mit giftigen Stoffen in Berührung kommen und die angreifenden Gasen oder widerlichen Gerüchen ausgesetzt sind, es trifft aber auch für alle diejenigen zu, die viel Staub, sei es Alten- oder Werkstättenstaub, einatmen müssen, die zu wenig Zeit für eine tägliche Erholung in frischer Luft oder für sportliche und der Gesundheit dienende Betätigung finden. Bei diesen nach Millionen von Personen zählenden Bevölkerungsschichten darf man, wenn man auf das Wohl des Einzelnen wie des Volksganzen bedacht sein will, nicht erst die Zeit herankommen lassen, wo eine Erkrankung in die Erscheinung tritt; hier heißt es rechtzeitig vorbeugen. Und das wirksamste Mittel für eine Prophylaxe in dieser Richtung ist ein alljährlicher Erholungsurlaub.

Bemerkt sei jedoch, daß Ferien von nur zwei bis drei Tagen so gut wie ganz zwecklos, ja bisweilen sogar schädlich sind. Wer soll ein Angestellter oder Arbeiter mit einer so kurzen Zeit beginnen?

Ein Erholungsurlaub, der in Wahrheit Nutzen stiften soll, muß wenigstens eine Woche lang währen; nur dann wird der beabsichtigte Zweck die körperliche und seelische Auffrischung, erreicht werden.

Wir selbst stehen auf dem Standpunkt, daß auch ein etwöchiger Urlaub noch keine völlige Ausspannung und Erholung bedeutet. Immerhin mag man ihn annehmen, wo wenigstens er erreicht werden kann, ohne dabei indessen das Streben nach berechtigter Erweiterung aus dem Auge zu lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120703-16/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 2. Juli 1912.

Achtung, Parteifunktionäre!

Am Donnerstag, den 4. Juli, abends 8½ Uhr, findet im Vollspark eine Sitzung der Funktionäre nach § 12 der Satzungen des Sozialdemokratischen Vereins statt.

Der Vorstand.

Auf, zum Gewerkschaftsfest!

Das Gewerkschaftsfest der Halleschen Gewerkschaften findet am Sonntag, den 7. Juli, im Volkspark statt. Es ist wiederum ein sehr reichhaltiges Programm aufgestellt worden. Im Garten ist großes Instrumentalkonzert, das von der Engelmannschen Kapelle ausgeführt wird. Die Turner, die Athleten und die Radfahrer werden, wie alljährlich, zur Verschönerung des Festes beitragen. Freunde des Kegelspiels haben Gelegenheit, auf den zwei Bahnen ihre Kräfte zu messen. Ferner enthält das Programm noch: Blumenverlosung, Preisschießen, Kinderbelustigung und Ball. Für die Kinder findet ein Lampionumzug statt.

Der Umzug der Gewerkschaften ist trotz zweimaliger Anfrage von der Behörde verweigert worden. Der Umzug sollte nach polizeilichen Wünschen nur durch einige Nebenstraßen marschieren, damit der biedere Bürger nichts von den festlich geschmückten Arbeitermassen sieht. Unter solchen Umständen verzichtet die Arbeiterschaft auf den Umzug und wird ihr Fest trotzdem feiern, wie ihr es beliebt. Die Einzelheiten über die behördliche Behandlung unserer Umzugsgesuche bringen wir morgen. Inzwischen heißt es: agitiert um so kräftiger für den Massenbesuch des Festes.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Gestern wurde mit Gewalt auf die Ferien hingearbeitet. Große Vorlagen, die Hunderttausende erforderten, wurden ohne ein Wort der Diskussion angenommen. Die Debatten über einige andere der vielen Vorlagen waren kurz und matt; nur über die Bewilligung von Mitteln für den Säuglingsschutz und über die neue Kinobesteuerung wurden einige heftige Töne gesprochen. Doch waren deshalb die Dinge, über die man nicht diskutierte, keineswegs unwichtig. Vielmehr war eine Angelegenheit sehr interessant. Und das ist der Geländeankauf für

den Umbau der Saaleufer.

Mit dem Bau des Hauptsammelkanals soll gleichzeitig der **Ausbau der Giebichensteiner Straße** erfolgen. Soweit das Straßenterrain jetzt frei liegt und mit Bäumen bepflanzt ist, gehört es bereits der Stadtgemeinde. Kommerzienrat Dr. Heinrich Lehmann erhebt zwar Eigentumsansprüche auf dieses Land, jedoch ist letzteres durch Kauf von den Separationsinteressenten in städtischen Besitz übergegangen. Die weiteren zur Straße entfallenden Flächen gehören noch dem Genannten und müssen angekauft werden. Der Herr Lehmann fordert nun dafür Preise, die ganz unheimlich hoch sind, aber sehr gut begreifen lassen, wie man Millionär werden kann. Der Herr fordert für das an der Ecke vor der Ochsenbrücke ihm angeblich gehörige Straßenland 17 500 Mk., für einen Streifen Land bei zur Villa Giebichenstein gehörenden Grundstücks 30 160 Mk., für einen Streifen Gelände vom Felsenburgkellergrundstück 39 960 Mk. und für ein anderes Terrain 36 200 Mk. Außerdem verlangt er als Entschädigung für bauliche Aenderungen noch 9570 Mk., alles zusammen also die hübsche Summe von 187 200 Mk. — Das war selbst den gutmütigsten Stadtvätern doch zu viel. Ohne ein Wort zur Verteidigung der Lehmannschen Forderung zu sagen, wurde einstimmig beschlossen, gegen Lehmann den Enteignungsprozeß wegen des Geländes anzustrengen.

Aehnlich, wenn auch nicht ganz so kraß, liegen die Verhältnisse für den Ankauf des Geländes für die **neue Uferpromenade Neuwerk von der Steinmühlen- bis zur Burgbrücke am Mühlgraben** entlang. Wir berichteten gestern bereits über dieses Projekt. Ueber den Ankauf des Geländes ist nun der Magistrat mit den Eigentümern in Verhandlung eingetreten. Die Schroetersche Forderung beträgt außer Nebenleistungen 21 000 Mk. Die Universität als Besitzerin des Botanischen Gartens wie auch Baron von Meltzing fordern außer Nebenleistungen den Einheitspreis von 50 Mk. pro Quadratmeter. Diese Forderungen wurden als viel zu hoch bezeichnet. In Uebereinstimmung mit der Baudeputation und dem Magistrat wurde daher die Einleitung des Enteignungsverfahrens gegen die Besitzer beschlossen.

Mehr Säuglingsschutz!

Diesem plötzlich zeitgemäß gewordenen Ruf wollte auch der Magistrat Rechnung tragen. Er schlug den Stadtverordneten deshalb vor, die zur Prämiierung treuer weiblicher Dienstboten vorgesehenen 4000 Mark unter Abänderung des früheren Stadtverordnetenbeschlusses der hiesigen Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zuzuwenden. Bei nochmaliger Prüfung hätte der Magistrat sich davon überzeugt, daß die Verwendung der 4000 Mark Sparkassenüberschüsse in der jetzt vorgeschlagenen Weise der Gesamtheit nützlicher ist. Der Finanzausschuß war noch etwas anderer Meinung: Er wollte nur 1500 Mark für die Säuglingspflege und die restlichen 2500 Mark für Museumszwecke bewilligen.

Da Stadtv. Kühme sich sehr für diesen Vorschlag des Finanzausschusses begeisterte und dabei an der Zweckmäßigkeit der von den Stadtärzten zur Bekämpfung des Säuglingselends eingeschlagenen Wege zweifelte, war es nötig, daß Genosse Emmer ausdrücklich erklärte, daß er und seine Freunde den jetzigen Magistratsantrag einmal mit ganz besonderer Freude begrüßten. Wenn Herr Kühme und seine Armenverwaltung mit dem Stadtarzt sich nicht verstehe, habe man noch kein Recht, die Angaben des Herrn in der Weise, wie Herr Kühme es tat, anzugreifen. Bürgermeister v. Holly und Stadtv. Herzau sprachen ebenfalls für die Magistratsvorlage. Stadtv. Knabe wollte aber gar zu gern für den alten Dienstboten etwas von dem schönen Gelde retten. Er beantragte, 2000 Mark für die Prämiierung treuer Dienstboten bereitzustellen und nur die übrigen 2000 Mark dem Verein für Säuglingspflege zu überweisen. Sonderbarerweise fand dieser letzte Antrag mit großer Mehrheit Annahme. Die Stadtväter möchten sich anscheinend gerne treue Dienstboten ziehen. Vielleicht haben sie's nötig.

Es folgte die Beratung über den Magistratsantrag: **3000 Mark für die Nationalflugspende** zu bewilligen. Stadtv. Emmer erklärte, daß er und seine Freunde für die Technik wohl Unterstützungen bewilligen würden. Dieser Antrag verfolge aber auch noch andere Zwecke. Die Mordspatrioten stecken dahinter. Sie erhofften von der Sammlung Millionen. Da aber die Gelder nur ganz jämmerlich einlaufen, soll jetzt die Stadt einspringen. Die nur aus dem nationalen Rummel heraus entstandene Forderung zur Unterstützung des neuen Sports lehne er ab.

Stadtv. Herzau konnte diesen Standpunkt nicht begreifen. Mit patriotischem Schwung beantragte der Herr, da die Stadt Ueberschüsse in ihrer Kasse habe, statt 3000 Mark gleich 5000 Mark zu bewilligen. Das war aber der Mehrheit doch zu happig. Sie machte die nationalen Sprünge des Herrn Herzau nicht mit, lehnte seinen Antrag ab, nahm dann aber die Magistratsvorlage an.

In vorgerückter Stunde kam man dann zur Beratung der

Erhöhung der Kinematographensteuer,

die eine stürmische Debatte hervorrief. Der Finanzausschuß hat die Steuersätze noch höher geschraubt, als der Magistrat vorgeschlagen hat.

Stadtv. Borges begründete das u. a. wie folgt: Andere Städte nehmen aus ihren Kinos höhere Erträge für den Stadtsäckel als Halle. Die Steuer soll die bestehenden Kinos nicht unterdrücken, aber sie soll verhindern, daß noch mehr Kinos wie Pilze aus der Erde schießen. Die Tendenz der neuen Ordnung sei, die Kinos je nach ihrem Besuch, d. i. nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu besteuern. Der Magistrat will bei kleineren Kinos pro Stuhl und Tag 3 Pfg., für große bis 6 Pfg. Steuern erheben. Der Finanzausschuß ist jedoch der Ansicht, daß die Spannung von 3 zu 6 Pfg. zu hoch ist, er will mit 4 Pfg. als niedrigsten Satz anfangen. Wir haben in Halle zwölf Kinos, Elberfeld, ebenso groß, hat neun Kinos, Mainz, 110 000 Einwohner, besitzt vier Kinos, Karlsruhe zählt deren fünf, Straßburg auch nur fünf, Mannheim, 200 000 Einwohner, sechs Kinos, Essen, 300 000 Einwohner, fünf Kinos. Das ist ein Beweis, wie fruchtbar gerade in Halle bisher für die Kinos der Boden war. Er unterschätze die Bedeutung der Kinos in wissenschaftlicher und unterhaltender Beziehung nicht, aber das kann doch nicht die Ueberzeugung nehmen, daß die Kinos eine Gefahr sind; sie erregen die Sensationslust, sie verflachen das Empfinden, ja sie verrohen es. Zumal für die Kinder sind die Kinos eine Gefahr. Die Schüler verlieren die Freude an den Klassikern, ihre Nerven werden durch die Kinos verbraucht. Die verdunkelten Räume wirken sittlich verderblich. Auch dafür lassen sich Beispiele geben. Wir müßten uns fragen, was ist wichtiger: daß ein Erwerbsstand von zwölf Kinobesitzer in seinen Einnahmen geschützt wird oder daß der wichtigste Teil unseres Volkes, unsere Jugend, durch diesen Erwerbsstand zu Schaden kommt. Die Drohung der Kinobesitzer, wenn die Steuer ihren Betrieb verteuert, werden sie noch mehr Sensation bringen müssen, kann nicht schrecken; die Zensur wird schon einen Riegel vorschieben. Die Sätze, die der Finanzausschuß beantragte, sind also folgende: bei Kinos bis 250 Sitzplätzen 4 Pfg., bei 250—600 Sitzplätzen 5 Pfg., bei über 600 Sitzplätzen 6 Pfg.

Stadtv. Michel wandte sich gegen die Steuer, da er prinzipiell gegen jede Sonderbesteuerung einzelner Gewerbe sei. Es sei aber weiter ein großes Unrecht, die Steuer auf alle Plätze, auch die nicht besetzten, zu legen. Das Theater leide nicht unter der Konkurrenz der Kinos, sondern unter den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen. — Der Referent habe auch vergessen zu sagen, daß in einer Reihe von Städten, darunter Berlin, die Steuer glatt abgelehnt wurde.

Stadtv. Gradehand schloß sich diesen Ausführungen an.

Stadtv. Osterburg betonte, daß diese Steuer von allem eine Verteuerung der einfachsten billigsten Lustbarkeit sei. Sie sei eine richtige Armeleutesteuer. Der starke Besuch der Kinos beweise das Kunstbedürfnis der Minderbemittelten. Dem anwachsenden Kunsthunger muß man irgendwo Befriedigung verschaffen. Das könne aber nicht geschehen durch die Steuer, sondern nur durch eine ganz bedeutende Verbilligung der Plätze des Stadttheaters, die man aber soeben gerade erst wieder verteuert habe. So hält man die unteren nach Kunstgenuß lechzenden Volksklassen von der darstellenden Kunst immer mehr fern. Die Wohlhabenden aber, die sich beim Genießen dieser Kunst breit machen, seien schon längst übersättigt. Kürzlich habe sich dieses mangelnde Interesse im Wittekind schon so kraß gezeigt, daß der Dirigent sich erst durch Abklopfen Ruhe verschaffen mußte. So etwas kommt bei den Künstlerkonzerten im Volkspark nicht vor, da ist alles ruhig und jeder folgt mit Andacht der Musik. Diesen Kunsteifer zu fördern, das müßte das Ziel der Stadtverwaltung sein. Für solche Zwecke sei aber das Theater viel zu teuer und die dort gebotene geistige Kost sei meistens auch zu schwer. Die Volksvorstellungen müßten viel häufiger stattfinden und viel bessere Stücke bringen. Zum Genuß klassischer Dramen seien die Arbeiter durch die Ausbeutung in Fabrik und Werkstatt meistens zu abgespannt. Das sei nebenbei auch ein Grund für den starken Besuch der Kinos. Sie stellen an die geistige Frische keinerlei Anforderungen. Sie deshalb aber durch Steuern zu bekämpfen, sei falsch. Für eine Steuer auf das Vergnügen des armen Mannes bedanken wir uns.

Stadtv. Herzfeld wandte sich ausführlich dagegen, daß man die Moral angeblich durch die Steuer heben will. Herr Osterburg habe recht, daß es ein Widerspruch sei, die Preise des Stadttheaters zu erhöhen und auf der anderen Seite die Moral des Publikums heben zu wollen.

Bürgermeister v. Holly erklärte dazu, daß die Steuer erhöht werden solle, um die Steuerlast bei den Kinos verhältnismäßig ebenso zu stellen, wie bei anderen Etablissements. Der Herr bestritt, daß die Steuer eine Belastung für die kinobesuchenden Arbeiter sei. Die kleine Preiserhöhung könnten sie noch ruhig bezahlen. Sie seien so schlecht doch wirklich nicht mehr gestellt.

Waren diese Sätze schon ein Beweis der totalen Unkenntnis des Herrn Holly, so war das weitere eine **direkte Beleidigung der organisierten Arbeiterschaft.** Herr Holly tat, als wäre er ganz erstaunt darüber, von Osterburg zu hören, daß es bei den Konzerten im Volkspark so ruhig zugehe. Er habe durch die Polizei oft erfahren, daß solche Veranstaltungen **mit Schimpfen, Biergläserwerfen und Schlägereien** endeten

Genosse Osterburg blieb die Antwort nicht schuldig. Er erklärte es für ganz unverantwortlich, was der Bürgermeister da so leichthin gesagt habe. Jedenfalls sei es nicht angebracht, daß der Vertreter einer Stadt in der Art den größten Teil der Bevölkerung ironisiert. Und wenn Herr Holly von Schlägerei spricht, so sei es Tatsache, daß sie sich bei den Konzerten noch nie ereigneten. Das müsse der Herr aus sehr unzuverlässiger Quelle haben. Der Herr Holly solle nur selbst einmal hinkommen, dann werde er sehen, im Volkspark herrscht Ruhe. Da werde beim Konzert nicht abgeklopft, wie in Wittekind, wo bekanntlich der Bürgermeister verkehrt. (Stürmische Heiterkeit.)

Der Herr Holly sah sich nun genötigt, einen kleinen Rückzug zu machen. Er versuchte, seine ersten Worte abzuschwächen. Nach einer weiteren kurzen Diskussion versuchte der Referent sich noch an unseren Genossen zu reiben und ihnen Kultur- und Kunsteindschaft zu unterstellen.

Das gab Genossen Osterburg Veranlassung zu einer persönlichen Bemerkung. Stadtv. Osterburg verwahrt sich dagegen, daß der Referent wie der Bürgermeister ihm unterstellt, er wolle, daß das Volk seinen Kunsthunger im Kino befriedige. Das habe er nicht gesagt, sondern vielmehr gefordert, daß das Stadttheater seine Preise herabsetze und so die Leute aus den Kinos herausziehe und sie der höheren Kunst zuführe.

Die nun folgende Abstimmung ergab die **Annahme der erhöhten Steuersätze des Ausschusses.**

Die Beratung des neuen Ortsstatuts über die Sonntagsruhe wurde wegen der vorgerückten Zeit bis nach den Ferien vertagt. Die Handelsangestellten müssen also weiter warten.

•

Weiter wurden noch folgende bemerkenswerte Vorlagen erledigt:

An den Gebäuden des Schlacht- und Viehhofs sind Reparaturen und Erneuerungen nötig, zu deren Ausführung 10 850 Mark bewilligt wurden. — Der Bäckermeister Paul Grundmann beabsichtigt, seine Grundstücke Fleischerstraße Nr. 16 und Kl. Wallstraße Nr. 5 neu zu bebauen. Es entfallen von den Grundstücken 14 Quadratmeter zur Kl. Wallstraße bezw. Fleischerstraße, während Grundmann

Halbschuh-Woche

Eine hervorragende Gelegenheit zum
preiswerten Erwerb von Halbschuhen

Enorm billige Preise

Friedrich Oehlschläger **nur** Leipzigerstr. **3**
(altes Geschäft).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120703-16/fragment/page=0006

eine zirka 3 Quadratmeter große Fläche städtischen Landes zu der Baustelle zu erwerben hat. Der Genannte will die restlichen zirka 11 Quadratmeter der Stadtgemeinde gegen die ihm gebotene Entschädigung von 60 Mark pro Quadrameter übereignen. Der Kauf wurde genehmigt. —

Zurzeit wird in der Trotharstraße der Hauptsammler hergestellt. Im Anschluß hieran soll die Strecke von dem Denkmalsplatz in Trotha durch die Klausberge, an der Saale entlang bis zur Kröllwitzer Brücke ausgeführt werden. Das Projekt ist landespolizeilich und wasserbaulich genehmigt worden, auch ist der Erwerb des Klausberges und des anschließenden Geländes gesichert. Ferner ist mit den Besitzern der Saalschloßbrauerei ein Vertrag geschlossen worden, wegen Erhöhung des Fußweges entlang des Grundstüds. In Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation wurden die Baukosten von 491 000 Mark bewilligt. — Der vorgesehene öffentliche Platz auf dem ehemaligen Hospitalgelände, zwischen der Johanneskirche und der Schule an der Liebenauerstraße, ist angelegt und die Kanalisation der umgebenden beiden Straßen fertiggestellt worden. In Uebereinstimmung mit der Baudeputation bewilligte die Stadtverordneten-Versammlung 39 200 Mk. für die Regulierung und Befestigung der den fraglichen Platz umgebenden beiden Straßen, zwischen der Südstraße und der Liebenauerstraße. — Am 1. April d. J. ist der Brückenzoll der Peißnitz- und der Weinbergbrücke aufgehoben worden. Der bisherige starke Verkehr über die Peißnitz hat sich daher nach dieser Zeit noch bedeutend erhöht. Gegenwärtig wird die Peißnitz vom 7. Polizeirevier in der Klosterstraße zeitweilig mit Patrouillen begangen. Dieser Polizeidienst biete keine genügende Gewähr dafür, die Ruhe, Ordnung und Sicherheit auf der Peißnitz aufrecht zu erhalten. Der Magistrat hat daher beschlossen, in dem frei gewordenen Brückenhäuschen der Peißnitzbrücke eine Polizeiwache zu stationieren. Um die Räume des Häuschens hierzu einzurichten wurden 1200 Mark bewilligt.

Der kommunale Verein Halle-Ost bittet, die Schaffung einer weiteren Verbindungsstraße des östlichen Stadtteils mit der inneren Stadt in Erwägung zu ziehen und bald zur Ausführung zu bringen. Es wurde vom Bau-Ausschuß Ueberweisung als Material empfohlen, was Herr Probst lebhaft zu unterstützen ersuchte. — Baurat Lammers teilte dazu mit, daß ein Plan vorliege, im Zuge der Viehhofstraße eine Unterführung der Eisenbahn zu bauen. Das sei aber so kostspielig, daß damit wohl noch etwas gewartet werden müßte.

Die Räume des Museums im ehemaligen Eichamtsgebäude bedürfen einer gründlichen Instandsetzung. Nach dem vorgelegten Kostenanschlage wurden hierfür 1700 Mark bewilligt. — Die Aktiengesellschaft für Grundstücksverwertung hierselbst hat das gesamte Gelände der Firma Gebr. Jentsch Am Kirchtor erworben. Sie beabsichtigt, die auf dem Grundstück projektierte Jentschstraße endgültig und die projektierte Straße Neuwerk auf der Strecke zwischen dem Kirchtor und der Grenze des Grundstücks Am Kirchtor Nr. 6 provisorisch auszubauen. Der Magistrat hat hierüber Verträge vorgelegt, die angenommen wurden.

Von dem Grundstücke Merseburgerstraße Nr. 161 ist fluchtlinienmäßig eine Parzelle von zirka 135 Quadratmeter Größe zur Straße entfallen und bereits freigelegt worden. Der Eigentümer des Grundstücks ist bereit, das Land zu dem ihm gebotenen Preise von 25 Mark pro Quadratmeter der Stadtgemeinde zu übereignen. Der Preis wurde bewilligt.

Für die östlich der Merseburgerstraße gelegenen Stadtgutsäcker südlich der neuen Leipziger Chaussee soll eine geschlossene Feldscheune gemäß dem mit 8000 Mark abschließenden Kostenanschlage errichtet werden. —

Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigte, daß Ostern 1913 an dem Reformrealgymnasium drei neue Oberlehrerstellen gegründet werden, was 10 500 Mark Kosten macht. — Weiter wurde zugestimmt der Anstellung eines geprüften Nahrungsmittel-Chemikers als zweiten Assistenten (ohne Beamteneigenschaft) am städtischen Nahrungsmittel-Untersuchungsamte mit einer Jahresvergütung von 2700 Mk.

*

In der geschlossenen Sitzung beschäftigte sich das Kollegium zuerst mit den Anstellungsbedingungen des neugewählten Stadtrats Dr. Hauswald. In der Ausschreibung der Stadratsstelle hatte der Magistrat vermerkt, daß die auswärtige Dienstzeit angerechnet werden kann. Als nun der Magistrat dem Herrn Hauswald von seiner Wahl zum Stadtrat Mitteilung machte, und ihn zu einer Erklärung aufforderte, ob er die Wahl annähme, verlangte H., daß ihm die gesamte auswärtige kommunale Tätigkeit bei Festsetzung des Gehalts angerechnet werde. Damit konnte sich ein Teil des Kollegiums nicht befreunden, zumal Herr Hauswald heute erst 35 Jahre alt ist und erst in Rügen und Merseburg — in letzterer Stadt allerdings als zweiter Bürgermeister — als selbständige kommunale Kraft gewirkt habe; er sei allerdings schon mit 26 Jahren in den Kommunaldienst als Referendar eingetreten, sei aber nur in kleinen Kommunen bedienstet gewesen, so daß es für ihn ein großer Gewinn sei, nach so kurzer kommunaler Tätigkeit als „Hans im Glück" in eine Großstadt einzieben und sein Wissen und Können im Kommunalwesen erweitern zu können. (?) In diesem Falle genüge das Anfangsgehalt von 6000 Mk. Gegen diese Gefühlspolitik, die natürlich von subjektiven Empfindungen diktiert worden war, machte der andere Teil des Kollegiums grundsätzliche Bedenken geltend, indem man in objektiver Weise darauf hinwies, daß es bis jetzt immer so gehandhabt worden sei, daß bei Anstellungen von Stadträten die auswärtige Dienstzeit angerechnet wurde, ungeachtet des Alters, der Länge der Dienstzeit usw., so daß ein Anfangsgehalt von 6500 Mk., steigend im dreijährigen Turnus um je 500 Mk. bis 9000 Mk. gezahlt werden müsse. Nachdem der Widerstreit der Meinungen in reichlichen Ausführungen heftig aufeinander geplatzt war, siegten die Vertreter der Grundsatzpolitik. Herr Dr. Hauswald erhält also ein Anfangsgehalt von 6500 Mark und Umzugskosten nach dem zu diesem Zweck vorhandenen Regulativ. Sein Antritt wird noch im Laufe dieses Monats erfolgen. — Zwecks Entlastung der in den Armenbezirken 20, 23 und 28 tätigen Armenpflegern sollen die beteiligten Bezirkskommissionen durch Zuwahl von Armenpflegern verstärkt werden. Es wurden gewählt für den 20. Bezirk der Kaufmann Paul Sonntag, Breitestraße 24, der Architekt Hermann Pfeiffer, Ulestraße 3, und der Magistratsbureauassistent Kurt Haberstroh; für den 23. Bezirk der Fabrikbesitzer Ernst Pöge, Dessauerstraße 7, der Gastwirt Balzer, Dessauerstraße 9, und der Lehrer Gustav Kröst; für den 24. Bezirk der Tapezierer Franz Geyer. — Der frühere Vorarbeiter der städtischen Straßenreinigung, Hermann Huhn bittet um Gewährung von Ruhegeld. Er war 24 Jahre im städtischen Dienst, wurde plötzlich entlassen, weil er sich an einem älteren Schulmädchen vergriffen haben sollte, wurde aber infolge mangelnder Beweise — die Angaben des Mädchens stellten sich als unzureichend heraus und ferner wurde auch konstatiert, daß H. nicht vollständig geistig intakt sei — freigesprochen. Dieses Vorkommnis hatte den Magistrat veranlaßt, dem Huhn das Ruhegeld zu verweigern. Das Kollegium beschloß einstimmig, daß dem H. alljährlich 450 Mk. Pension zu gewähren sei. — Zur Information und Ausbildung im Armenpflegewesen sollen im 13. Armenbezirk sechs Herren dem Armenpflegewesen überwiesen werden. Es wurden hierzu bestimmt: Fabrikbesitzer Clauß, Bugenhagenstraße 12, Dr. med. Reitig, Bernhardstraße 50, Drogist Fritze, Beesenerstraße 10, Magistratsassistent Müller, Kansteinstraße 13, Mittelschullehrer Penßler, Melanchthonstraße 45, und Lehrer Metz, Kansteinstraße 12. — Ferner wurden noch folgende Veränderungen im Armenpflegewesen vorgenommen: Fabrikbesitzer Lindemann, Wollbergerweg 59, wird Armenvorsteher des 12. Bezirks, sein Stellvertreter soll der bisherige Armenpfleger Instrumentenmacher Albin Ahlheit sein und an dessen Stelle wurde der Lehrer Franz Lorenz, Geseniusstraße 30, zum Armenpfleger bestimmt; für den 18. Armenbezirk wurden der Schuhmachermeister Fritz Würzberg zum Armenpfleger und für den 30. Bezirk der Rentier Albert Neupert zum Bezirksvorsteher gewählt.

Der Vorsteher machte dann bekannt, daß die Stadtverordneten-Versammlung nunmehr für zwei Monate Ferien eintreten lasse.

---

* **Volkspark.** Auf den heute abend stattfindenden Walzer- und Blumenabend machen wir die Leser des Volksblattes nochmals aufmerksam. Ein großartiges Programm ist dem heutigen Abend entsprechend zusammengestellt worden. Das Programm kostet 10 Pf. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im großen Saale statt. Die Arbeiterschaft wird ersucht, sich an dem Konzerte zahlreich zu beteiligen.

* **Passagetheater.** Ab 1. Juli finden für Schüler im Passagetheater wissenschaftliche Vorführungen statt. Damit will man wiederum zeigen, daß die Lichtspielhäuser auch auf dem Gebiete der Bildung leistungsfähig sind. Das Programm wurde unter Hinzuziehung des Lehrmittelausschusses des Halleschen Lehrervereins aufgestellt, und wir müssen gestehen, daß das gegenwärtige Programm wesentlich von dem üblichen Kinoprogramm abweicht. Soweit wir Gelegenheit hatten, der Vorführung beizuwohnen, müssen wir uns über das Gebotene, wenn nicht lobend, so doch aber anerkennend aussprechen. Nur mit der Vorführung: Cowboys Leben und Treiben sind wir nicht ganz einverstanden. Denn das Leben und Treiben dieser Menschen besteht doch nicht nur in der Dressur von Pferden oder im Kampfe mit Tieren, sondern doch auch noch aus anderen Dingen. Da ist z. B. die Szene mit der Bändigung des Pferdes, die wir nicht als geeignet betrachten für Kinder. Solche Tierquälereien sollte man in Zukunft weglassen. Im allgemeinen kommt aber der Besucher auf seine Rechnung. Das Haus war dicht besetzt, mit Interesse verfolgte das kleine Völkchen die Vorführungen. Besonders gut gefiel die Vorführung: Das Kalpsche Meer, das farbige Bild: Sonnenaufgang war wirklich reizvoll. Ebenso verdient hervorgehoben zu werden das Bild: Die Niagara-Fälle, das ebenso wie die Abholzung eines Waldes und die Vorführung einer Töpfcherei sehr lehrreich war.

* **Zu der drohenden Mückenplage** schreibt man uns: Seit Jahren sind die einzelnen Verwaltungbehörden der Saale-, Elster- und Luppenniederung eifrig bemüht, die immer schlimmer auftretende Mücken- und Fliegenplage und die damit verbundene Gesundheitsgefährdung des Publikums zu beseitigen. Zu dem Zwecke ist u. a. für den Regierungsbezirk Merseburg die gegen Mitte Mai d. J. in den hiesigen Tageszeitungen veröffentlichte Regierungs-Polizeiverordnung vom 3. April 1912 erlassen worden. Die gesamte Einwohnerschaft wird im eigenen Interesse handeln, wenn sie diese Bemühungen der Behörden tatkräftig unterstützt und sich durch Befolgung der in der Verordnung angegebenen Maßnahmen nicht allein vor Belästigungen und Gesundheitsschädigungen, sondern gegebenenfalls auch vor Strafen bewahrt. Die Polizeireviere und auch einzelne Dienststellen des Magistrats (Tiefbauamt, Gartenverwaltung usw.) werden auf Ersuchen dem Publikum bereitwilligst Rat erteilen.

* **Die Einnahmen der städtischen Straßenbahn** betrugen im Juni d. J. 55 427,50 Mk., im Juni des Vorjahres 55 302,65 Mark, also 1912 ein Plus von 124,85 Mk.; von Januar bis Juni d. J. 290 594,70 Mark, im gleichen Zeitraume des Vorjahres 278 945,98 Mk., also dieses Jahr ein Plus von 11 648,72 Mark. — Die Fahrgeldeinnahmen der A. G. G. Stadtbahn Halle betragen: vom 1. bis 30. Juni 1912: 98 642,85 Mark, vom 1. bis 30. Juni 1911: 97 233,55 Mk., 1912 mehr: 1409,30 Mk. Vom 1. Januar bis 30. Juni 1912: 536 936,20 Mark, vom 1. Januar bis 30. Juni 1911: 495 164,85 Mk., 1912 mehr: 41 771,35 Mk.

* **Warnung für Automobilführer!** In letzter Zeit sind so häufig Straßenunfälle durch ein Verschulden von Kraftwagenführern veranlaßt worden, daß die Polizeiverwaltung sich veranlaßt sieht, vor rücksichtslosem und unvorsichtigem Fahren eindringlichst zu warnen. Neben der gerichtlichen Strafe haben die Schuldigen zu gewärtigen, daß unnachsichtlich das Verfahren auf Entziehung des Führerscheines eingeleitet wird. Bei dem gestern gemeldeten Unfall, einer jungen Dame in der Reilstraße lag übrigens — entgegen mehrfachen Zeitungsangaben — das Verschulden des Kraftwagenführers nicht darin, daß er auf der rechten Seite an dem haltenden Straßenbahnwagen vorbeifuhr, sondern darin, daß er an dieser Stelle nicht die Fahrgeschwindigkeit derart mäßigte, daß der Straßenbahnwagen ohne Gefahr bestiegen werden konnte. Es ist eine vielfach verbreitete irrige Ansicht, daß haltende oder langsam fahrende Straßenbahnwagen links überholt werden müßten, auch wenn die rechte Seite hinreichenden Platz zum Vorbeifahren bietet. Das Ueberholen der Straßenbahnwagen auf der linken Seite entspricht in diesem Falle nicht den Vorschriften und kann leicht die Ursache schwerer Unfälle werden, da dem links Ueberholenden der Ueberblick nach den ihm etwa entgegenkommenden Fuhrwerken, Handwagen oder Fußgängern gewöhnlich fehlt.

* **Hallesches 500 Jahrfestspiel in der Moritzburg.** Da ein großer Teil der Hauptdarsteller bereits Reisedispositionen für Ende der Woche getroffen hat, so sind nur noch zwei Vorstellungen des Festspiels Der Salzgraf von Halle möglich. Sie finden bei volkstümlichen Preisen heute Dienstag, den 2. Juli, und Donnerstag, den 4. Juli, abends 8 Uhr 10 Minuten in der Moritzburg statt. Zu beiden Vorstellungen werden Schülerkarten für Parkett gültig, à 1,10 Mk. an der Abendkasse ausgegeben.

* **Ueberfahren** wurde am Dienstag früh Ecke Gr. Steinstraße und Kleinschmieden ein Fräulein von einem Automobil der Firma Jünge. Mit dem Krankenwagen wurde die Verunglückte in die Klinik gebracht.

* **Zusammenstoß.** Montag abend fand vor dem Hauptpostgebäude ein Zusammenstoß zwischen einem Geschäftskraftwagen und einem Rollwagen statt, wobei der Kraftwagen leicht beschädigt wurde. Personen wurden nicht verletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

* **Diebstahl.** Gestohlen wurde am Dienstag früh ein vor dem Grundstücke des Fleischermeisters Hoffmann aufgestellter Handwagen. Der Dieb konnte noch nicht ermittelt werden, wohl aber glaubt man seine Spur entdeckt zu haben.

* **Gestohlen** wurden in der Nacht vom 27. zum 28. d. M. eine weiße gestickte Kaffeedecke, etwa 2 Meter lang und 1½ Meter breit; eine hellblaue Blusenschürze mit weißen Streifen und türkischem Muster; am 29. d. M. ein Herrenfahrrad, Marke Prior, schwarzer Rahmen, gelbe Felgen mit schwarzen Streifen, Freilauf mit Rücktrittbremse, rote Mäntel mit der Aufschrift Houtchinson; am 30. d. M. ein grünlicher, einreihiger Jacketanzug mit dunklem Futter, mit dem Namen der Firma Moritz Kahn, Gr. Ulrichstraße. Ferner ein Paar gelbe, neudesohlte Herrenschnürschuhe mit Gummiabsätzen.

Nietleben. Gemeinderatssitzung. Eingangs der Sitzung stimmt die Vertretung dem Anschreiben des Kreisausschusses vom 19. Juni wegen Abtretens eines drei Viertel großen Streifen Weges (Alleeweg), Eintahrt zur Irrenanstalt weiblich der Saubrücke, zwecks Uebereignung zur Irrenanstalt zu. — Der Kreisausschuß teilt mit, daß der Bezirksausschuß den Vertrag betreffs Uebernahme der Heidestraße in Gemeindeeigentum vom 9. April d. J. genehmigt hat. Von einer Eintragung der Uebernahme der Heidestraße in Gemeindeeigentum auf dem Katasteramt soll vorläufig Abstand genommen werden. — Den Bericht über die Rechnungsprüfung gab Gemeindevertreter Nordteur. Dem Gemeindekassen-Rendanten und Steuereinnehmer ward Entlastung erteilt. Von einer Nachprüfung der Rechnung ward Abstand genommen. — Die Zementfabrik Saale steht zurzeit in Unterhandlung mit der Gemeinde Nietleben wegen Aufnahme ihrer Betriebswässer in den Gemeindekanal. Die Abwässer werden durch den Gemeindeflutgraben Stollgraben an der Saubrücke in die Saale abgeführt. Der Braukodorf-Nietleber Bergbauverein Grenze Neu-Glück bei Nietleben leitet seine Betriebswässer ebenfalls in den Stollgraben. Die Gesellschaft hat mit der Gemeinde ebenfalls einen diesbezüglichen Vertrag abgeschlossen. Hinter dem Rücken der Gemeinde hat die Grube mit der Zementfabrik Saale wegen Aufnahme der Betriebswässer unterhandelt. Auf dem Landratsamte aber führt der Bergbauverein Beschwerde, weil sie einmal zu den Unterhandlungen der Gemeinde mit der Zementfabrik Saale nicht eingeladen sind. Der Gemeindevorsteher wird beauftragt, die Beschwerde abzuweisen. — Die Vermessung der von der Gemeinde gekauften Pratschen Aecker hat ergeben, daß es nicht 63, sondern 68 Morgen sind, deshalb sollen zum 30. September ds. Js. nicht nur 73 000, sondern 78 000 Mk. Darlehn aufgenommen werden. — Zum Schluß wurden noch kleinere örtliche Angelegenheiten geregelt.

Literarisches.

Die soeben erschienene Nr. 14 des **Simplizissimus** enthält folgende Zeichnungen: Unter Imperatoren von Th. Th. Heine, Zur Abgewöhnung von O. Gulbransson, Nobilitierung und Bayerische Schulpolitik von E. Thöny, Der Erdstoß von Alfred Kubin, Immerhin, Aus der Art geschlagen und Siesta von Henry Bing, Ehezwist von Bliz, Die letzte Toilette der Komtesse Toinette de Dumajec von A. Woelfle (mit Gedicht von Alexander Beßmertny) und Kölner und Berliner Richtung von Wilhelm Schulz. Textlich ist die Nummer ausgestattet mit einer Skizze: Die Macht von Heinrich Mann, ferner mit je einem Gedicht: Das Wichtigste von Peter Schlemihl, Der Rat der Besten von Peter Scher, Fabeloid von Jacobus Schnellpfeffer und Seegespenst von Edgar Steiger, sowie mit acht Beiträgen unter Lieber Simplizissimus und Vom Tage.

Der Simplizissimus kostet pro Nummer 30 Pf. und ist zu beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Simplizissimus-Verlag, G. m. b. H., in München.

Im **Saison-Ausverkauf!** 20 bis 40 % Preis-Nachlass.

Kinder-Garderobe.

Vorhanden sind: Wasch-Anzüge für Knaben in Kieler und Jacken-Fasson, Kittel-Anzüge, Knaben-Kittel, Russen-Kittel, Wasch-Blusen für Knaben und Mädchen, Sport-Blusen und -Hosen für Knaben, Mädchen-Kleider in Mousselin und anderen Waschstoffen, Hütchen, Mützen etc. etc.

Einzel-Pièces zu besonders reduzierten Netto-Preisen.

H. C. Weddy-Pönicke, Halle a. S., Leipzigerstrasse 6. :: Fernruf 292.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120703-16/fragment/page=0007

Zusammenlegbare
Trinkbecher
aus Aluminium 10, 20, 50 Pfg.
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Künzels
Schweissfuss-Balsam
„Fuss-Heil".
Ges. gesch. 145 526
Ohne jede Konkurrenz.
Viele glänzende Gutachten.
1/1 Fl. Mk. 1.00, 1/2 Fl. 60 Pfg.
Zu haben bei:
Max Künzel, Magdeburgerstr. 59.

Zum Selbstabfüllen
Braunbier Liter 12½ Pfg.
Weizenbier Liter 15 Pfg.
ab Brauerei oder durch meine Ausliefer-Geschirre täglich frisch.
Schwemme-Brauerei.

Himbeer-Sirup
mit feinster Raffinade eingekocht per Pfd. 80 ₰, bei 5 Pfd. per Pfund 75 ₰ empfiehlt
Carl Booch, Breitestr. 1/2, Marktplatz im Turm, Leipzigerstraße 61/62.

Kaufe stets Fahrräder für Damen und Herren zu soliden Preisen.
H. Schindler, Uhrmacher, Kleine Ulrichstraße 35.

Wohnungs-Anzeigen

Wohnungsnachweis Sophienstraße 29, I. für Mieter kostenfrei!

Arbeitsmarkt

Stanzer
gesucht. Laessig & Co., G. m. b. H., Königstraße 70.

Kastenmacher
nur selbständige gute Arbeiter, ev. Helfer auf Limousine u. Landaulett-Karosserien eingeübt, gegen gute Bezahlung sofort gesucht. Angenehme Stellung und herrliche, gesunde Gegend. Offert. nebst Angabe erb. Reisevergütung.
Neustadter Automobil-Carosserie.
Mich. Lauer.
Neustadt a. d. Haardt, Rheinpf.

Nur einmal im Jahre!

Inventur-Ausverkauf

in meiner Spezial-Abteilung Herren- und Knaben-Konfektion!

Bedeutende Preisermässigung in fast allen Artikeln.

Mein großer Bestand in Herren-Anzügen

durchweg nur Neuheiten von letzter Saison, erprobt gute Stoffqualitäten mit wirklich gediegener Verarbeitung und vorzüglicher Paßform.

Jetzt ohne Rücksicht auf frühere Preise:

Serie I	jetzt nur 11.25	Serie IV	jetzt nur 22.50
Serie II	jetzt nur 14.75	Serie V	jetzt nur 25.00
Serie III	jetzt nur 17.95	Serie VI	jetzt nur 29.00

Ein grosser Posten **Knaben-Wasch-Blusen** für das Alter von 3—6 Jahren Stück von **38** Pf an.

Loden-Pelerinen wasserdicht, f. Herren, Jünglinge u. Knaben jetzt ausserordentlich preiswert.

Alex Michel

Halle a. S., Marktplatz 18, Ecke Kleinschmieden.

Trotz der ausserordentlich billigen Inventur-Preise
auf alle Artikel ohne Ausnahme 5 % Rabatt
als Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Fliegenklatschen
aus Stahldraht, töten sicher, 30 ₰
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2), 1. Juli.

Aufgeboten: Postassistent Siebert u. Martha Michaelis (Steglitz und Riemeyerstraße 9). Schiffseigner Weber und Emma Schmidt (Mücheln und Trebnitz). Tischler Buchmann und Martha Schmidt (Halle und Querfurt). Schlosser Bär und H. Jacob (Ahlsdorf und Holdenstedt). Sattler Waldau u. A. Deparade (Weimar u. Spören).

Eheschließungen: Schneider Frömel und Luise Zornemann (Brunoswarte 30 u. Lindenstr. 51). Ingenieur Maß und Emma Henschel (Lindenstraße 2 und Bernhardstraße 20). Lehrer Hafermalz und Ida Barth (Melleben und Brachstedt).

Geboren: Orgelbauer Hartung T. (Fröbel 17). Kaufmann Erbß S. (Wegscheiderstraße 22). Stuckateur Tietze T. (Beesenerstr. 5). Wärter Roth S. (Klinik). Arbtr. Bode S. (Klinik). Eisendreher Bornschein T. (Schmiedstraße 29). Kaufmann Eibel T. (Mannschestraße 14). Wächter Herzog T. (Krukenbergstraße 23). Arbeiter Conrad T. (Jakobstraße 40a). Arbeiter Goßdammer S. (Willenstraße 18). Kellner Steinbrück S. (Krukenbergstraße 6).

Gestorben: Arbeiter Ittmann aus Passendorf, 17 J. (Elisabeth-Krankenhaus). Arbeit. Hehmichen S., 8 Mon. (Steinweg 50). Buchhalters Stolze S., 1 J. (Meterstraße 4). Realschüler Weiß, 15 J. (Lindenstraße 67). Bureaugehilfe Straubel aus Gröst, 18 J. (Klinik). Bergmann Breischneider aus Rattenberg, 24 Jahre (Klinik). Formers Ohme T., 5 Mon. (Corstraße 43). Witwe Wilhelmine Meye geb. Galander aus Nieder-Eichstädt, 68 J. (Mansfelderstr. 28). Arbeiters Denkewitz S., totgeb. (Klinik). Ausbläsmeichenfellers Röschke Sohn, 1 Monat (Turmstraße 154). Arbeiters Dietrich Ehefrau Marie gebor. Schmidt aus Sachsenburg, 59 J. (Klinik). Arbeiter Winzer aus Werchau, 45 J. (Klinik).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a).
1. Juli:

Aufgeboten: Schlosser Hennig und Emilie Meißner (Bitterfeld u. Rietenstraße 22). Müller Hennig und Ida Edler (Burgstraße 9).

Geboren: Hobist-Sergeanten Müller T. (Bernburgerstraße 16).

Gestorben: Arbeiters Strauß T., 3 Mon. (Große Ballstr. 20). Bergmann Jackisch Ehefrau Pauline geb. Senft aus Bröditz, 38 J. (Weidenplan 6). Portier Börner aus Ammendorf, 58 J. (Nervenklinik). Arbeiter Franz, 30 J. (Gabelsbergerstr. 24). Musikers Kaufmann T., 5 Mon. (Klausbergstr. 6b). Diplom-Ingenieur Wallstein aus Charlottenburg, 26 J. (Weidenplan 6).

Kirschen!!
nur feinste, feste Ware, aus täglichen Zufuhren äußerst billig.
— Für Händler empfohlen! —
Niederlage: Torstrasse 58.

Arbeiter-Verbände und -Vereine

geben ihre Drucksachen der

Genossenschaftsbuchdruckerei,
Halle a. S., Harz 42/43,

der ihnen am nächsten stehenden Druckerei des Volksblattes, in Auftrag. Dort werden sie prompt und preiswert bedient.

Vereine

finden bei uns für

Kinderfeste, Wasserfahrten, Preiskegeln, Preisschießen, Tombola :: ::

die

grösste Auswahl.

Extra-Rabatt.

Gewehre, Armbrüste, u. Glücksräder leihweise.

Nußbaum

Wohnungs-Einrichtungen

in nur solider Ausführung
zu
Mk. 400 500 600 700 800 etc.
empfiehlt

G. Schaible.

Grosse eigene Werkstätten.
Grosse Märkerstrasse 26.
Kataloge gratis u. franko. Kataloge gratis u. franko.

Gegen üblen **Mundgeruch** „Chlorodont" vernichtet alle Fäulniserreger im Munde u. zwischen den Zähnen und bleicht mitfarbene Zähne blendend weiß, ohne b. Schmelz zu schaden. Herrlich erfrisch. schmeck. Zahncreme Erwachs. u. Kind., 4—6 Woch. ausreich., 1.4, Probetube 50 ₰. In d. Intern. Hygiene-Ausstell. Dresden allseits bewundert. Man verl. Prosp. u. Gratismuster direkt v. Laboratorium „Ico", Dresden 3 od. d. Apoth., Drog., Frisi.- u. Parfümeriegeschäften.

Haut-Bleichcreme

„Chloro" bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiß. Vorzügl. erprobtes unschädliches Mittel gegen unschöne Hautfarbe, Sommersprossen, Leberflecke, gelbe Flecke, Hautunreinigkeiten. Echt „Chlorocreme" Tube 1 ℳ. Wirkung unterstützt durch Chlorosetto 50 ₰ vom Laboratorium „Ico", Dresden 3. Erhältlich in Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Depots in Halle a. S.:
Löwen-Apotheke, am Markt, Bahnhofsapotheke, Delitzscherstr. Adler-Drogerie, Königstraße 14, O. Baltin jun., Leipzigerstr. 65u. 91, Medizinal-Drogerie, Steinweg 11, Neumarkt-Drog., Bernburgerstr. 32, Drog. Br. Bretsch, Moritzzwinger 1, Schwan.-Drog., Leipz. Ecke Postst., H. Stitz Nachfl., Gr. Steinstr. 33, Baumann & Heddenroth, Gr. Steinstr. Sterndrogerie, Geiststraße 64.
Engel-Apotheke, Kleinschmied. 6, Hohenzoll.-Ap. Merseburgerstr. 20, W. Hoefer, Geiststraße 59/60, Heinbodt & Ko., Leipzigerstr. 104, Kaiser-Drogerie, L. Wuchererstr. 31, Merkur-Drog., L. Wuchererstr. 75, F. A. Patz, Gr. Ulrichstraße, Max Rädler, Rannischestraße 2, Sekator-Drogerie, Gr. Steinst. 48, Max Ott, Steinweg 26.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandl.

Vom 1. bis 12. Juli
Verkauf
zurückgesetzter **Bücher**
zu sehr billigen Preisen.
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/43.

Butter-Maschinen
zum Selbstbereiten von Butter
Mk. 2.25.
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Ernst Haeckel
Volksausgabe. Preis 1 M.
empfiehlt
Volksbuchhandlung Halle a. S.

Neu! Neu!

Reichsversicherungs-Ordnung.

Praktischer Führer

für alle Versicherten durch die **Kranken-, Unfall-, Invaliden-** und **Hinterbliebenen-Versicherung,** nebst **Hinweisen** auf das **Verfahren** und die **Rechtswege.**

Verfaßt von den Arbeitersekretären **Güldenberg** und **Kleeis-Halle, Mössinger** und **Undeutsch-Magdeburg.**

Preis **30** Pfennig.

Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42-43.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Illgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120703-16/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 152 — Halle a. S., Mittwoch den 3. Juli 1912 — 23. Jahrg.

Verbandstag der Holzarbeiter.

k. r. Berlin, 29. Juni.

Sechster Verhandlungstag.

Zunächst sei über die am Freitag abend stattgefundene Abendsitzung berichtet, die vornehmlich der Beratung jener Anträge diente, die zur Ergänzung des Statuts gestellt sind. Beschlossen wurde, daß die Jugendlichen bis zum 17. Lebensjahre, gleich wie die weiblichen Mitglieder, den 25 Pf.-Beitrag zu zahlen haben. — Ein Antrag Leipzig wollte den Vorstand beauftragen, Erhebungen über die Unterstützungseinrichtungen der Lokalkassen aufzustellen. Durch eine Vorstandserklärung, die auf Herabsetzung der hohen Unterstützungssätze in den Zahlstellen gestimmt ist, wird dieser Antrag erledigt.

Im weiteren wird der Vorstand ersucht, in der Reiseunterstützung an Stelle der Kilometerberechnung die Tagegelder zur Einführung zu bringen. Bis zum nächsten Verbandstage soll der Vorstand eine derartige Vorlage dem Verbandstag unterbreiten.

Weiter wird beschlossen, die Referate Neumanns über „die Regelung der Arbeitszeit im Holzgewerbe" und Leiparts über „die Arbeitsvermittlung im deutschen Holzgewerbe" als Broschüre drucken zu lassen.

Am Sonnabend früh referierte dann Gauvorsteher Anton Raith-München über „das Rekrutierungsgebiet des Deutschen Holzarbeiterverbandes". In fesselnder Weise wußte der Referent nachzuweisen, daß heute noch zirka zwei Drittel aller Organisationsfähigen außerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung stehen und noch für den Verband zu gewinnen sind. Seine Ausführungen wurzeln in nachstehender Resolution, die einstimmig zur Annahme gelangte:

„In der Holzindustrie ist neben dem Bestreben nach weiterer Spezialisierung der Arbeitsmethoden die Ansiedelung der Betriebe in ländlichen Gegenden zu beobachten, in denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sehr ungünstig sind und die Lebenshaltung der Arbeiter auf äußerst niedrigem Niveau steht.

Der Zustrom dieser rückständigen Bevölkerungsschichten zu der so gebotenen Erwerbsmöglichkeit ist jedoch stärker als der dauernde Bedarf an Arbeitskräften, was wiederum einen starken Zuzug von Arbeitern mit niedriger Lebenshaltung nach den Großstädten zur Folge hat.

Die frühzeitige Erstarkung des gewerkschaftlichen Gedankens in den Großstädten und einzelnen Industriegebieten ermöglichte es dem Verbande, dort für die Holzarbeiter wesentliche Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse durchzuführen und diese Verbesserungen durch Tarifverträge festzulegen. Diesen Bestrebungen des Verbandes erwachsen große Gefahren dadurch, daß der Arbeitsmarkt in den Gebietsteilen mit besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen von Arbeitern aus rückständigen Gegenden, die außerdem den Gedanken der Organisation noch nicht erfaßt haben, in zunehmendem Maße belastet wird.

Im Hinblick auf diese ungleiche Entwicklung und die daraus entstehenden Schwierigkeiten für das Bestreben des Verbandes, die geistigen und materiellen Interessen aller in der gesamten Holzindustrie und deren Nebenzweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu wahren und zu fördern und im besonderen Hinblick auf die weiter zu erwartenden großen Kämpfe für kulturellen Fortschritt, richtet der Verbandstag an alle Mitglieder die nachdrücklichste Aufforderung, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln und eingedenk der in kommender Zeit zu erfüllenden Aufgaben, für die Ausbreitung des Verbandes nicht nur an den bisherigen Verbandsorten, sondern in allen, auch den entlegensten Gegenden Sorge zu tragen, in welchen die Holzindustrie Wurzel gefaßt hat.

Der Verbandstag weist mit Entschiedenheit die fortgesetzten Versuche einzelner anderer Verbände, in das Rekrutierungsgebiet des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes einzudringen und dadurch Zersplitterung in die Reihen solcher Arbeiterschichten hineinzutragen, für welche nur der Deutsche Holzarbeiter-Verband die zuständige Organisation bildet und deren Interessenvertretung wie bisher so auch in Zukunft die Aufgabe unseres Verbandes sein muß, entschieden zurück und beauftragt den Vorstand, die Rechte und Interessen des Verbandes derartigen unberechtigten Ansprüchen gegenüber auch in Zukunft energisch zu wahren.

Der Verbandstag spricht zugleich sein Bedauern darüber aus, daß die Austragung der Grenzstreitigkeiten vielfach bereits derart häßliche Formen angenommen hat, daß die Interessen der Arbeiterbewegung dadurch geschädigt werden.

Demgegenüber erklärt der Deutsche Holzarbeiter-Verband nach wie vor seine Bereitwilligkeit, eine friedliche Verständigung mit den beteiligten anderen Verbänden einzugehen. Eine solche Verständigung kann auf der Grundlage der Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses erfolgen, wenn sich die Verbände bereit finden entsprechend Ziff. 2 dieser Resolution, die Grenzstreitigkeiten durch Vereinbarung von Kartellverträgen dauernd zu regeln."

Beschlossen wird, auch dieses Referat als Broschüre herauszugeben.

Eine Anzahl anderer Anträge verfallen dem Schicksal der Ablehnung oder der Ueberweisung an den Hauptvorstand. Unter anderem werden noch folgende Anträge zur Berücksichtigung überwiesen:

Der Verbandstag beauftragt den Hauptvorstand mit der Herausgabe einer Agitationsschrift für die Werkarbeiter.

Das Statut des Verbandes soll möglichst auch in dänischer, französischer und polnischer Sprache herausgegeben werden.

Der Vorstand soll Mittel und Wege suchen, um die Kollegen der Holzindustrie durch Anschauungunterricht über die schädlichen Einflüsse der Arbeitsmethoden und insbesondere über die ungenügenden Arbeitsräume aufzuklären.

Dann wird wiederum die Beratung der Anträge fortgesetzt und folgende Beschlüsse gefaßt:

Der jetzt bestehende § 78 des Statuts, der die Unterstützung bei Sterbefällen regelt, erhält eine neue Fassung:

„Beim Ableben eines ledigen Mitgliedes, welches Ernährer von Angehörigen war und mindestens 156 Wochenbeiträge entrichtet hat, kann den betroffenen Angehörigen eine Unterstützung in Höhe von 25 Mark gewährt werden."

Der § 80 des Statuts, der die Umzugsunterstützung festsetzt, erhält ebenfalls eine neue bestimmtere Fassung:

„Die Unterstützung wird nur dann gezahlt, wenn das Mitglied an dem neuen Wohnort nachweisbar Beschäftigung gefunden hat. Hat der Wechsel des Arbeitsortes schon vor demjenigen des Wohnortes stattgefunden, so darf die Unterstützung nur dann gewährt werden, wenn der Zeitraum zwischen dem Arbeits- und Wohnortwechsel nicht über zwölf Monate beträgt. Das gleiche gilt auch für den umgekehrten Fall. Derjenige Wechsel (des Arbeitsortes oder des Wohnortes), welcher zuerst erfolgte, ist bestimmend für die im § 80 vorgesehene Karenzzeit und die Höhe der Unterstützung. Die Unterstützung muß vor dem Verlassen des Wohn- und Arbeitsortes bei der dortigen Lokalverwaltung beantragt werden; die Auszahlung erfolgt nach vollzogenem Umzug, d. h. nach dem Wechsel des Wohn- und Arbeitsortes, durch die Lokalverwaltung des neuen Zahlstellenortes. Werden die Umzugskosten vom Arbeitgeber entschädigt, so steht dem Mitgliede kein Anspruch auf Unterstützung zu."

An Streikunterstützung kann in Zukunft den weiblichen Mitgliedern über 17 Jahren in bestimmten Fällen bis zu zwei Drittel der für männliche Mitglieder festgesetzten Unterstützungssätze gewährt werden.

In die Reihe der Lichtbildervorträge im Verband ist auch ein solcher aufzunehmen mit dem Thema: „Die primitiven Handwerkszeuge der früheren Zeit und ihre Entwicklung bis zur Maschine."

Der nächste Verbandstag soll in zwei Jahren in Dresden abgehalten werden.

Der Hauptvorstand wird beauftragt, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage über eine Unfallversicherung der unbesoldeten Verbandsfunktionäre vorzulegen.

Darauf werden die auf der Konferenz der Maschinenarbeiter beschlossenen Leitsätze, die Vorschläge zur Verhütung der Unfallgefahren enthalten, von dem Verbandstage sanktioniert.

Im weiteren „protestiert der Verbandstag nachdrücklichst gegen die Auffassung des Regierungsvertreters, Ministerialdirektor Dr. Caspar, welcher derselbe in der Reichstagssitzung am 20. März 1912 Ausdruck gab, daß es schwer möglich sei, in der Frage des größeren Schutzes der Zelluloidarbeiter geeignete Arbeiter als Sachverständige zu finden, die bei der Beratung der preußischen Zelluloidverordnung hätten hinzugezogen werden können, und in einseitiger Weise nur Arbeitgeber herangezogen wurden. Der Verbandstag protestiert gegen dieses Vorgehen der preußischen Regierung, da dadurch einseitig nur das Unternehmerinteresse in der Verordnung wahrgenommen wurde."

Der Bericht der Beschwerdekommission erstreckt sich auf Streikbruch, Ausschluß und sonstige interne Verbandsangelegenheiten.

Der internationale Holzarbeiter-Kongreß, der im nächsten Jahre in Wien stattfindet, soll von sechs Delegierten beschickt werden.

Für die Revisionskommission berichtet Robert Schmidt, der namens der Kommission Entlastung des Vorstandes beantragt; selbige wird einstimmig erteilt. — Im weiteren berichtet Schmidt über die staatliche Versicherung der Privatbeamten. Die Kommission empfiehlt dem Verbandstag, die Uebernahme der Beiträge für die staatliche Versicherung für alle Verbandsangestellte.

Der Antrag findet einstimmige Annahme.

Ein weiterer Antrag geht dahin, dem Kollegen Neumann, der als Sekretär an Stelle des Kollegen Becker angestellt ist, auch dessen Gehalt (3000 Mark) zu bewilligen. Nach längerer Debatte wird dem zugestimmt. Beschlossen wird weiter, daß der Kollege Tarnow, der im literarischen Bureau des Verbandes beschäftigt ist, in die Gehaltsskala des Vorstandes hinaufrückt. Das Endgehalt des Vorsitzenden Leipart wird auf 4000 Mark festgesetzt. Für diejenigen Beamten, die bereits das festgesetzte Höchstgehalt erreicht haben, soll für weitere zwei Jahre die jährliche Steigerung von 10 Mk. pro Monat weiter laufen. Dieser Kommissionsvorschlag wurde mit 82 gegen 52 Stimmen gefaßt.

Die bisherigen Mitglieder des Hauptvorstandes werden ebenso wie die bisherigen Gaubeamten einstimmig wiedergewählt.

Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Mit einem kurzen Rückblick auf die Arbeit des Verbandstages, dabei der Mitarbeiter zweier alter Verbandsveteranen, die schon vor 27 Jahren mit auf der Einigungsversammlung zu Frankfurt zugegen waren, gedenkend, schließt Leipart mit herzlichen Worten den Verbandstag, die Delegierten ermahnend, in ihren Zahlstellen für die gefaßten Beschlüsse zu wirken.

Bildet Euch! Unterrichtet Euch!

Benutzt die Arbeiter-Bibliotheken!

Aus der Provinz.

Die Bluttat von Stedten

beschäftigte heute das hiesige Schwurgericht. Angeklagt ist der 36jährige Maurer Emil Rabenalt aus Eisleben, schon mehrfach vorbestraft. Er wird des Mordes und Raubes beschuldigt. Die Taten sind am Dienstag, den 26. März, an der 56jährigen Handesfrau Witwe Schumann begangen worden. Die Frau wurde am genannten Tage tot, zwischen zwei Stühlen liegend, aufgefunden und ist durch Messerstiche getötet worden. Der Täter stahl aus einer erbrochenen Kassette zwei Hundertmarkscheine und 20 Mk. in Gold. Der Angeklagte ist ein Verwandter der Frau Schumann. Er hatte, nachdem er an dem Tage Mittagsbrot gegessen, die alte Frau überfallen und mit mehreren Messern bearbeitet. Unzählige Schnitte und Stiche am Kopfe der Verletzten legten Zeugnis von der furchtbaren Roheit des Unhold ab. Die Messer sollen mit solcher Gewalt geführt worden sein, daß sie bei der Tat zerbrachen. R. soll sich seinem Opfer gegenüber auch eines Stuhles als Waffe bedient haben. Nach der Tat hatte der Bursche das Weite gesucht. An einem Busche, in dem er geweilt hatte, fand man eine mit Blut besudelte Zeitung. Die mit Polizeihunden usw. aufgenommene Verfolgung führte alsbald zu seiner Ermittlung.

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Giesecke; die Anklage vertritt Staatsanwalt Alsleben; als Verteidiger wirkt Rechtsanwalt Schreiber. Der Andrang zum Zuhörerraum ist sehr stark. Im Gerichtssaal ist eine große Tafel aufgestellt, auf der die Oertlichkeiten, in denen sich die zur Anklage stehenden Taten abgespielt haben, veranschaulicht sind. Der Angeklagte wurde gefesselt vorgeführt und, nachdem er entfesselt worden war, von zwei Beamten auf der Anklagebank bewacht. Zur Beweisaufnahme waren 46 Zeugen und zwei Sachverständige geladen. Bei Besprechung der Personalien und Aufrollung der Vorstrafen des Angeklagten ergibt sich ein recht trübe Vergangenheit. R. kam nach Verbüßung einiger Strafen in Fürsorgeerziehung, beging als sogenannter Zögling mit mehreren Fürsorgepersonen eine schwere Meuterei — ein Aufseher wurde von R. geknebelt — und wurde dann vom Schwurgericht zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Später trieb sich der Angeklagte in der Umgegend von Harburg herum, wo er eine ganze Reihe schwerer Einbrüche beging und dann zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt wurde. Im August 1911 nach Verbüßung der letzten Strafe, trieb er sich eine Zeitlang in Leipzig umher. Zur Arbeit hatte er keine Lust. Um, wie er sich ausdrückte, vom „schmalmachen" leben zu können, trat er dann dem Bauarbeiterverbande bei. Er zahlte keine Beiträge, meinte aber, wenn man in eine Wirtschaft kommt und zeigt den Kollegenbuch, dann erhält man Unterstützung. Bei der letzten Möbeltransportarbeiterstreik in Halle wirkte er als Streikbrecher. Sonst nährte er sich als Gelegenheitsarbeiter. In Stedten, wo seine Tante Schumann ein Viktualiengeschäft betrieb, holte er sich ab und zu kleine Darlehen von zwei bis drei Mark und Nahrungsmittel.

Auch am Abend des 25. März kam er nach längeren Wanderungen nach Stedten. Er beschloß, bei seiner Tante einzubrechen, meinte aber, das sei nicht angebracht gewesen, weil er mutlich gegen Abend noch die beiden Töchter der Tante bei ihr weilten. „Ich hin," so meinte der Angeklagte, der sich seelenruhig zungenfertig verteidigte, „nicht recht imstande einen Gedanken festzuhalten." Am betreffenden Abend, so erzählte er weiter, kam er dann aufs „Geradewohl" nach Esperstedt zu gegangen und habe dort in einem Steinhäuschen übernachtet. Am andern Tage soll sich der Angeklagte auf die Lauer gelegt und abgewartet haben, bis die beiden Töchter das Haus der Tante verlassen hatten. Gegen ½12 Uhr suchte er die Tante auf, um, wie er angibt, ein Darlehen zu erbitten. Die Tante gab ihm was Essen, lehnte es aber ab, ihm ein Darlehen zu geben. Da will er die Behausung verlassen und draußen beschlossen haben, der Tante das Geld, das in einer Kassette der offenen Kommode lag, wegzunehmen. Um die Beobachtung der Tante zu werden, will er sie weggeschickt haben, um eine Mandel Kaffee zu holen, die er angeblich kaufen wollte. Als er dann daran war das Geld zu nehmen, sei die Tante hinzugekommen und habe ihn Zuchthausbruder genannt. Er habe dann die Tante weggeschubbt, daß sie zu Boden fiel. Dann habe er aus einem Schrank noch eine Damenuhr und ein Portemonnaie mit 70 Mk. Inhalt genommen. Als die Tante ihn Zuchthausbruder genannt, habe ihn die Wut gepackt. „Einen Gedanken" habe er bei dem Auftritt mit seiner Tante nicht gehabt. Daß er seine Tante erstochen habe, davon wisse er gar nichts. Von dem Tode der Tante habe er erst durch die Zeitung Kenntnis erlangt. Wie er in den Besitz des Geldes gelangt ist, will er allerdings wissen. Er könne die gegen seine Tante begangene Tat nicht in „Extase" begangen haben. In der Wohnung der Tante habe er sich von den Blutspuren gereinigt. Dann eilte er, wie er wiederum behauptete, ohne Gedanken, nach Wansleben. Erst auf der Fahrt nach Halle sei er wieder klar geworden. In Halle fuhr er nach Leipzig, wo er mit dem Gelde renommierte, aß, trank und Karten spielte. Am andern Tage kaufte er sich einen neuen Anzug, eine Uhrkette usw. Dann fuhr er nach Bergwitz, wo er ein Liebesverhältnis angebändelt hatte, einem Restaurant gab er sich als Naturforscher „Rawell" aus. Er ließ sich photographieren usw. Als er verhaftet wurde nannte er sich Kohl. Sein Geständnis geht dahin: Er habe die Tat begangen, aber ohne jede Ueberlegung. Die Staatsanwaltschaft will aber durch die Beweisaufnahme und auf Anhaltspunkte nachweisen, daß R. mit Ueberlegung gehandelt hat.

Kavon-Seife / eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter Waschkraft

ganz ohne Soda!! — Stück 20 Pf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120703-16/fragment/page=0009

Die Vernehmung des Angeklagten gestaltete sich sehr umfangreich, da R. früher die widersprechendsten Angaben gemacht hat. So sagte er erst, er wisse wohl von der Tat, aber er habe sie nicht selbst ausgeführt, sondern einem anderen erzählt, daß seine Tante Geld habe. Der Täter sei ein gewisser „Gädecke" oder „Otto" gewesen. Von dem geraubten Gelde wurden bei seiner Verhaftung — am 30. März — nur noch 29 Mk. vorgefunden. Im Gefängnis hat R. mit zwei aneinandergebundenen Taschentüchern einen Selbstmordversuch unternommen. Die Beweisaufnahme drehte sich besonders um die Frage, ob der Angeklagte die Tat mit Ueberlegung ausgeführt hat. Die Nachbarn schildern die Getötete als eine starke couragierte Frau, die sich wohl nicht so ohne Einspruch und Widerstand das Geld habe wegnehmen lassen. Die 22jährige Stieftochter der Getöteten meinte, sie hätten sich vor dem Angeklagten gefürchtet, da er schon im Zuchthause gesessen habe. Gehalten hätten Schumanns nichts von ihm. Als diese Zeugin gegen 3 Uhr nachmittags die Wohnung und das Geschäft der Mutter aufsuchen wollte, fand sie sämtliche Türen verschlossen. Bei einem Blick durch das Fenster sah sie die Mutter im Blute liegen. Die Tochter, die für die Mutter auf dem Markt in Esperstedt Einkäufe gemacht, hatte ihr 2½jähriges Söhnchen bei der Mutter zurückgelassen. Zeugin schlug das Fenster ein, stieg durch und lief nach ihrem Söhnchen, das nicht antwortete. Zu ihrem Schrecken entdeckte sie, daß das Kindchen besinnungslos unter den Kleidern der Mutter lag. Erst am Mittwoch nachmittag kam das Kind durch ärztliche Hilfe wieder zur Besinnung. Der Kleine schreckte öfter zusammen und rief später: „Onkel Emil hat mit dem Stuhl geschlagen und die Großmutter mit dem Beter „totgesteckt". Es wird vermutet, daß der Angeklagte nach der Tat das Kind selbst unter die Leiche der Mutter gesteckt hat, damit man es nicht schreien hören konnte. Dauernde Nachteile hat der Kleine nicht erlitten. Neben der Leiche lagen mehrere Messer und ein zertrümmerter Stuhl.

Ein Zimmermann aus Leipzig, mit dem der Angeklagte am Abend der Tat zusammengewesen, sagte aus, R. war damals sehr aufgeregt und schwitzte. Auf Befragen, wo er herkomme, sagte er: „Junge, das war heute ein schwerer Tag; meine Tante liegt im Sterben." Dann zeigte er einen Hundertmarkschein mit dem Bemerken: „Du denkst wohl, ich habe kein Geld." Er gab dann zum besten und sagte, er sei von Hannover gekommen. In Bergwitz, der Heimat seiner Geliebten, erklärte er Sonnabend, als die Nachricht von dem Morde seiner Tante aus der Zeitung vorgelesen wurde: „Den Kerl müßten sie stückweise zerreißen." Die Eltern des Angeklagten machen von ihrem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch. Nach den Feststellungen der medizinischen Sachverständigen, die die Leiche der Frau Schumann obduziert haben, ist der Tod eingetreten durch Verblutung und Schädelzertrümmerung. An der rechten Halsseite befand sich eine sehr tiefe, 12 Zentimeter lange Schnittwunde. Am rechten Ohr eine erhebliche Wunde, die den Knochen gesplittert hatte. Außerdem wurden noch andere kleine Schnittwunden und auch solche, die von stumpfer Gewalt herrührten, festgestellt. Der Angeklagte wurde als völlig zurechnungsfähig erklärt. Der Staatsanwalt kam zu der Ansicht, daß nicht Mord, sondern Raub mit Beseitigung eines Hindernisses durch Totschlag vorliege. Daß der Angeklagte mit Ueberlegung gehandelt habe, sei nicht nachzuweisen. Der Verteidiger war der Meinung, es liege nur Todtschlag in Verbindung mit Totschlag vor. Die Geschworenen bejahten die Fragen dem Antrage des Staatsanwalts gemäß. Der Staatsanwalt beantragte lebenslängliche Zuchthausstrafe mit Ehrverlust und Polizeiaufsicht auf Lebenszeit. Der Angeklagte wurde

zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe

mit Nebenstrafen verurteilt. In der Begründung des Urteils hieß es, daß auf die hohe Strafe erkannt worden sei, da der Angeklagte mit einer Roheit vorgegangen sei, die jeder Beschreibung gespottet habe.

Merseburg. Die Parteifunktionäre haben Donnerstag, den 4. Juli, abends 1/2 9 Uhr, in der Kaiser-Wilhelms-Halle Sitzung. Es ist Pflicht aller Funktionäre, an dieser Sitzung zu erscheinen.

Deutschberg-Dürrenberg. Parteiversammlung. In der am Sonntag, den 30. Juni, stattgefundenen Generalversammlung des Distrikts Dürrenberg wurden folgende Genossen in den Vorstand gewählt: Als 1. Vorsitzender Genosse Illner, Stellvertreter wurde Genosse Alb. Voigt. Zum Kassierer wurde Genosse Walter Hoppe und als Schriftführer Genosse Aug. Hamann gewählt. Die Versammlung war sehr schwach besucht. Es ist überhaupt nach der Reichstagswahl eine Interessenlosigkeit eingetreten, die angesichts des Wahlresultats geradezu beschämend wirkt. Als Delegierte zum Kreistage wurden die Genossen Voigt und Köllner gewählt. Das Stiftungsfest des Distrikts Lützen, das am 14. Juli stattfindet und zu dem wir von den Lützener Genossen eingeladen sind, soll besucht werden. Zeit und Ort des gemeinschaftlichen Abmarsches wird noch bekannt gegeben. In dem Lokalkampfe in Goddula-Vesta ist noch keine Aenderung eingetreten. Die Arbeiterschaft möge das beherzigen gegenüber anders lautenden Aeußerungen sogenannter Auchgenossen.

Sangerhausen. Deutschnationale Jugendpflege. Die Soldatenspiele, die jetzt allerorts zur „Rettung der Jugend" inszeniert werden, haben auch die hiesige Ortsgruppe des deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes auf den Plan gerufen. Am Freitag abend veranstaltete nämlich genannter Verband im Hohen Berge eine „Kriegsübung". Die Teilnehmer, meist Lehrlinge, konnten ihren Tatendrang schon auf dem als Sammelpunkt bestimmten Hüttenplatze nicht zügeln, was das Abschießen von Pistolen bewies. (Was wäre wohl mit Mitgliedern der Arbeiterjugend geschehen, wenn sie sich derartiges erlaubt hätten. D. Red.) Nachdem die feindlichen Abteilungen getrennt abmarschiert waren, ging der mehrere Stunden dauernde Rummel los. Leiter der Uebung war der Vorsitzende Kritzig. — Wie sehr auch den jungen Leuten der Aufenthalt in frischer Luft zu gönnen ist, so ist eine derartige Veranstaltung durch einen Verband, der doch in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder wahren soll, nicht anders zu deuten, als daß man sich nach oben in empfehlende Erinnerung bringen will. Dabei ist die Lage vieler kaufmännischer Angestellter auch in unserer Stadt alles andere denn rosig, so daß man alle Ursache hätte, erst da bessere Verhältnisse zu schaffen, statt sich an dem nationalen Jugendrummel zu beteiligen, den selbst Personen aus bürgerlichen Kreisen verurteilen. (Siehe nächsten Bericht.) Wir bezweifeln auch sehr, daß der Hohe Berg, der doch ein Erholungsort sein soll, für solche Schießereien vorhanden ist. Diejenigen kaufmännischen Angestellten aber, die sich nicht zu Schrittmachern der Reaktion gebrauchen lassen wollen, mögen die Konsequenzen ziehen und übertreten zu dem Verband, der vor allem eine wirksame Vertretung der materiellen Interessen seiner Mitglieder gewährleistet: Dem Zentral-Verband der Handlungsgehilfen Deutschlands.

— Gesellschaft für freiwillige Volksbildungsarbeit. Um auch im Kreise Sangerhausen das Interesse für die Ziele dieser Gesellschaft zu wecken, fand am Sonnabend nachmittag im Preußischen Hof eine Versammlung statt, in der Sekretär Jansen-Berlin, einen interessanten Vortrag hielt. Als größte Feinde wahrer Bildung bezeichnete er übermäßigen Alkoholgenuß, die Schundliteratur, das moderne Kinematographen-Unwesen, die modernen schlüpfrigen Theater-Aufführungen, die Vereinsmeierei und den Kastengeist. Die Gesellschaft will durch Wandertheater, gute Konzerte mit Volksmusik, Wanderkinos mit veredelnden Darbietungen, Volksbibliotheken und gute Volksunterhaltungsabende diese Feinde bekämpfen. In der folgenden, recht lebhaften Diskussion betonte der Redner wiederholt, daß diese Veranstaltungen vollständig frei sein müssen von politischen und religiösen Tendenzen. Alle Gesellschaftsschichten müßten helfen, das deutsche Volk auf eine höhere sittliche Stufe zu bringen. Die Jugendpflege und ihre jetzige, von oben kommandierte Arbeit bezeichnete der Redner als nicht gut, da sie einseitig wirken müsse. Schließlich wurde der Beschluß gefaßt, im Herbst alle hiesigen Vereinsvorstände, auch die Vorstände der Gewerkschaften, zu einer gemeinsamen Besprechung einzuladen, um vielleicht auch hier durch die oben erwähnten Veranstaltungen Gutes zu schaffen.

Eilenburg. Zum Gewerkschaftsfest. Wie es bei unserer Behörde voraussehen war, wurde zunächst die polizeiliche Genehmigung zum Umzug am 7. Juli verweigert. Erst nachdem Genosse Heinemann mit Nachdruck darauf hinwies, daß man hier niemand glauben machen könnte, die Behörde handle nach gleichem Rechtsgrundsatz, und den Ersten Bürgermeister auf das Reichsvereinsgesetz aufmerksam machte, wurde das Versprechen gegeben, daß die Sache nochmals überlegt werden sollte. Bei dieser Unterredung erklärte unter anderm der Erste Bürgermeister, daß von der Behörde anders gehandelt würde, wenn vom Gewerkschaftskartell nicht zu solchen „scharfen Maßnahmen" (?) gegriffen würde. Diese Maßnahmen sollen darin bestehen, daß man vor dem Besuche des Schützenfestes warnt und die Besucher fernzuhalten versucht. Das nimmt sich eigentlich sonderbar aus, wenn man die Vorgänge in Eilenburg in den letzten Jahren betrachtet. Von der Schützenhausaffäre ganz zu schweigen. Welche „scharfen Maßnahmen" wendet man von jener Seite an, um alles zu bekämpfen, was nur irgendwie mit der Arbeiterbewegung in Verbindung gebracht werden könnte. Man denke nur an die Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung. Hat doch z. B. der Genosse Gastwirt Rennert 100 Mark Strafe bezahlen müssen, nur weil er jugendlichen Turnern das Turnen in seinem Saale nicht verboten hat. So ließen sich noch viele „scharfe Maßnahmen" aufführen. Als ein Vergehen, nicht nur gegen die Arbeiterschaft, sondern überhaupt gegen die Steuerzahler kann man es bezeichnen, daß man durch die Saalverweigerung die Arbeiterschaft vom Schützenhaus fernhält und dadurch ungefähr nur eine 1¾prozentige Verzinsung eines Grundstückes herbeiführt.

Ein späterer Bescheid besagte, daß der Umzug nachmittags 1/2 4 Uhr erlaubt würde. Der Umzug war zunächst um 2 Uhr beantragt. Jetzt heißt also die Parole: alle Gewerkschaftsmitglieder versammeln sich um 3 Uhr in der Röberstraße, um am gemeinsamen Umzug nach dem Tivoli mit teilzunehmen. Arbeiterschaft Eilenburgs und Umgegend! Wahrt eure Ehre! Es gilt, euer Fest, das Fest der organisierten Arbeiterschaft, zu unterstützen, und kein bürgerliches Schützenfest.

Delitzsch. Arbeiter, Parteigenossen! Seit geraumer Zeit hatten wir am Orte unter mißlichen Lokalverhältnissen zu leiden. Infolge der Verweigerung der Lokalitäten Stadt Leipzig, Bürgergarten, Schützenhaus und Schützenhof war es uns während der Zeit der Renovierung des Lindenhofes nicht möglich, irgend welche Veranstaltungen, zu denen wir ein größeres Saallokal benötigten, abzuhalten. Deutlich konnte aber auch derjenige merken, der den Gang der Bewegung in der letzten Zeit beobachtet hatte, daß die Arbeiterschaft, um ein einheitliches Handeln durchzuführen, ein größeres Saallokal zur Verfügung haben muß. Infolgedessen war es die Pflicht der Funktionäre, dahin zu wirken, recht bald wieder in den Besitz eines Saallokals zu kommen. In Anbetracht des in dem uns jetzt zur Verfügung stehenden Lokal vor sich gegangenen Besitzwechsels sahen sich die Funktionäre gezwungen, sich mit der Lokalfrage zu beschäftigen. In der am letzten Sonnabend gut besuchten Sitzung wurde einstimmig beschlossen, unter Berücksichtigung der vorgeschrittenen Renovierungsarbeiten sofort wieder in unser altes Heim, dem Lindenhof, einzuziehen. Dieser Beschluß ist für die organisierte Arbeiterschaft bindend. Wir erwarten von jedem einzelnen, daß er sich diesem Beschluß fügt und in Zukunft den Lindenhof wieder als offizielles Parteilokal betrachtet. Genossen! Nachdem der Lindenhof renoviert ist bezw. wird, ist der Ende März gefaßte Boykottbeschluß erledigt. Dieser Beschluß ging bekanntlich dahin, das Lokal solange zu meiden, bis es in einem ordentlichen Zustand gebracht worden ist. Das ist resp. wird geschehen. Jetzt erwarten wir von jedem einzelnen, daß er seine ganze Kraft wieder dafür einsetzt, daß kein organisierter Arbeiter in den uns verweigerten Lokalen verkehrt, sondern dorthin geht, wo er seine wirtschaftlichen und politischen Interessen vertreten kann — in den Lindenhof. — Die Sitzung beschäftigte sich ebenfalls noch mit dem Verhalten der hiesigen Presse gegenüber der Arbeiterschaft. Allseitig forderten die Funktionäre, sofern das Verhalten der Delitzscher Zeitung uns gegenüber kein besseres wird, das Blatt abzubestellen und ihm auch alle weiteren Aufträge zu entziehen. Handelt die Arbeiterschaft demgemäß, dann dürfte es auch der Delitzscher Zeitung recht bald vergehen, uns so zu verhöhnen und herabzusetzen, wie sie es in der letzten Zeit in einigen Artikeln getan hat.

Holzweißig. Oeffentliche Versammlung. Am Mittwoch, den 3. Juli, abends 8 Uhr, findet im Sonntagschen Lokale eine öffentliche Versammlung statt, die sich mit dem Kampfe um die Jugend beschäftigen wird. Das Referat hat Koenen-Halle übernommen. Er spricht über: Arbeiterschaft und Jugend. Es wird ein zahlreicher Besuch erwartet, wie es das zeitgemäße Thema erfordert.

Zörbig. Parteiversammlung. Mittwoch, den 3. Juli, abends 8 Uhr, findet im Restaurant Dorotheenhof die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Tagesordnung: Delegiertenwahl zum Kreistag und Flugblattverbreitung. In Anbetracht dessen ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich. Der Vertrauensmann.

— Die Lokalkommission gibt bekannt, daß die Sperre über den Schloßgarten noch besteht, was die organisierte Arbeiterschaft von Zörbig und Umgegend beachten möge.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

NESTLE
Altbewährte Nahrung
für Kinder und Kranke

Die Inselbauern.

(Nachdr. verb.)

Roman von August Strindberg. Verdeutscht von Emil Schering.

Dann sprach eine Stimme oben auf dem Berg; sprach von Gewerbe und Gewerbe, von aufgespeicherter Arbeit; auch das Ausländisches kam vor, das die Inselbauern nicht werden. Rundqvist glaubte, es sei eine Predigt, und nahm Mütze in die Hand; Carlsson aber verstand, daß es die Auktion war, die sprach.

— Ja, meine Herren, schloß der Direktor, wir haben hier viel Neue vor uns, und ich schließe meine Rede mit dem Wunsch, mögen alle zu Brot werden!

— Bravo!

Und darauf blies die Musik einen Marsch. Die Herren kamen von den Strand hinab, alle kleine Steinstücke in der Hand haltend, die sie unter Lachen und Lärmen befingerten.

— Was macht ihr da mit dem Boot? schrie ein Herr in Ingenieuruniform die Inselbauern an, die auf ihren Rudern saßen.

— Wir wußten nicht, was sie antworten sollten, hatten aber gedacht, daß es gefährlich sein könne, sich den Staat anzusehen.

— Das ist ja Carlsson selber, erklärte Direktor Diethoff, hinzu gekommen war. Das ist unser Wirt hier am Ort, wie er vor. Kommen Sie und frühstücken Sie mit uns!

Carlsson traute seinen Ohren nicht, überzeugte sich aber bald, daß die Einladung ernst gemeint sei.

Und saß Carlsson auf dem Achterdeck des Dampfers an dem gedeckten Tisch, dessengleichen er noch nicht gesehen. Er fühlte sich zuerst geziert, aber die Herren waren ganz ungemütlich leutselig und erlaubten nicht einmal, daß er das Kartoffelschälen abnahm.

Rundqvist aber und Norman aßen auf dem Vorderdeck mit der Mannschaft.

Das Paradies hatte Carlsson sich nicht herrlicher gedacht. Speisen, deren Namen er nicht wußte und die wie Honig im Mund schmolzen; Speisen, die den Hals einrieben ganz wie Schnaps; Speisen in allen Farben. Und sechs Gläser vor seinem Platz wie vor den Plätzen der andern Herren; und Weine wurden getrunken die waren, als rieche an einer Blume oder küsse ein Mädchen; Weine, die einem in die Nase stachen, die einem in den Beinen kitzelten, einem zum Lachen verlockten. Dazu blies die Musik so hübsch, daß es an der Nasenwurzel kribbelte, als wolle man weinen; bald fror man an den Schläfen, bald tat es einem so weh am ganzen Körper, daß man hätte sterben mögen.

Als alles zu Ende war, sprach der Direktor für den Wirt; lobte ihn, daß er seinen Stand ehre und nicht den Hauptverwerb verlasse, um einem unsichern Gewinn auf andern Gebieten nachzujagen, wo die Not Arm in Arm mit dem Luxus gehe.

Und dann stieß man mit Carlsson an. Der wußte nicht, ob er lachen oder ernst bleiben sollte; aber er sah die Herren lachen, als etwas recht Ernstes, wie er meinte, gesagt wurde; also lachte er mit.

Nach dem Frühstück wurden Kaffee und Zigarren geboten, und man stand vom Tisch auf.

Carlsson, edelmütig wie ein Glücklicher, wollte nach vorn gehen, um nachzusehen, ob Rundqvist und Norman etwas bekommen hatten. Da aber rief ihn der Direktor an und bat ihn, einen Augenblick in die Kajüte zu kommen.

In der Kajüte machte ihm Herr Diethoff den Vorschlag, er möge, um seine Stellung zu befestigen und, wenn es nötig sei, als Autorität unter den Arbeitern auftreten zu können, einige Aktien zeichnen.

— Darauf verstehe ich mich leider nicht, meinte Carlsson, der so viel von diesen Geschäften wußte, daß man nichts abschloß, wenn man getrunken hatte.

Aber der Direktor ließ ihn nicht los, und nach einer halben Stunde hatte Carlsson vierzig Aktien der Feldspat-Aktiengesellschaft Eagle zu je hundert Kronen; ferner das ausdrückliche Versprechen, stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrates zu werden. Von der Einzahlung sagte man nur, sie sollten „pö a pö" geschehen und à conto.

Darauf trank man Kaffee und Kognak und Punsch und Biliner Wasser. Sechs war die Uhr, als Carlsson ins Boot kam.

Bei der Ausbootung ließ man das Reep fallen; das verstand Carlsson aber nicht, sondern drückte allen Matrosen die Hand und bat sie zu grüßen, wenn sie an Land kämen.

Mit seinen vierzig Aktienbriefen nebst Coupons ließ er sich nach Haus rudern, am Steuerruder sitzend, eine Zigarre im Mund und einen Korb Punsch zwischen den Knien.

Als Carlsson nach Haus kam, schwamm er in Seligkeit, lud alle, auch die Mägde aus der Küche, zu Punsch ein, zeigte die Aktienbriefe, die wie riesengroße Scheine der Reichsbank aussahen; wollte den Professor einladen und begegnete die Einwendungen der anderen damit: er sei stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrates und ebensogut, wie ein deutscher Musikant, der kein Gelehrter sei und darum auch kein richtiger Professor.

Pläne, so groß wie ein Holzstoß, hatte Carlsson; er wollte eine einzige große Strömling-Salzerei-Aktiengesellschaft für das ganze Stockholmer Inselmeer gründen, Faßbinder von England ins Land rufen, Fahrzeuge direkt von Spanien mit Salz kommen lassen.

Im selben Atemzuge sprach er vom Hauptgewerbe der Landwirtschaft, deren Vertretern und deren Zukunft, aab seinen Hoffnungen und Befürchtungen Ausdruck. Man trank seinen Punsch und hüllte sich in Tabakswolken und frohe Aussichten ein.

*

Carlsson war so hoch gestiegen, daß er einen Schwindelanfall bekam. Die Landwirtschaft wurde vernachlässigt und die Besuche auf dem Roggenholm folgten sich Tag aus Tag ein. Er machte die Bekanntschaft des Verwalters, saß auf dessen Veranda, trank Kognak und Biliner Wasser, während er zusah, wie die Arbeiter Steine klopften, um die Quarzadern herauszukriegen; ohne die hätte man den ganzen Berg auf einmal verschiffen können.

Der Verwalter war früher Vorarbeiter in einem Bergwerk gewesen; hatte Verstand genug, um sich mit dem Aktienbesitzer und stellvertretenden Mitglied des Aufsichtsrates gut zu stellen; besaß genügende Einsicht, um abschätzen zu können, wie lange das Geschäft gehen würde.

Aber der neue Grubenbetrieb übte auch seinen Einfluß auf das leibliche und sittliche Wohlbefinden der Inselbauern; und die Anwesenheit von dreißig unverheirateten Arbeitern begann ihre Wirkungen zu zeigen.

Die Ruhe war gestört. Den ganzen Tag über donnerten Schüsse aus dem Berge; Dampfer pfiffen im Sund; Jachten kamen und spien Seeleute ans Land. Abends erschienen die Arbeiter auf dem Bauernhof; umkreisten Brunnen und Stall; stellten den Mädchen nach; veranstalteten Tänze; tranken und schlugen sich mit den Knechten.

Die Leute feierten die Nächte durch und am Tage war nichts mit ihnen anzufangen; sie schliefen auf den Wiesen, nickten am Herd ein.

Zuweilen kam der Verwalter zu Besuch. Dann mußte man den Kaffeekessel aufsetzen, und da man dem Herrn nicht Branntwein anbieten konnte, mußte man sich Kognak halten.

Doch man verkaufte Fische und Butter; Geld strömte ein; man lebte flott, und Fleisch kam öfters auf den Tisch als früher.

Carlsson fing an fett zu werden; ging den Tag über in einem leichten Rausch umher, ohne sich jedoch zu überladen. Wie ein einziges langes Fest verging der Sommer für ihn, da er seine Zeit zwischen Gemeindesachen, Grubenbau und Naturverschönerungen verteilte.

Jetzt im Herbst war er acht Tage auf Feuerschau fort gewesen. Als er eines frühen Morgens nach Haus kam, wurde er von der Alten mit der beunruhigenden Mitteilung empfangen, es müsse etwas draußen auf dem Roggenholm geschehen sein. Es sei dort nämlich vier Tage lang still gewesen; nicht ein Schuß sei gelöst worden und keine Dampfpfeife habe man gehört. Die Leute seien mit Dreschen beschäftigt gewesen; deshalb habe niemand Zeit gehabt, die Grube zu besuchen. Der Verwalter habe sich auch nicht sehen lassen; und die Arbeiter hätten aufgehört, abends den Hof zu umkreisen. Es müsse also etwas geschehen sein.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120703-16/fragment/page=0010